



Europäische
Kommission

SOMMER 2013 ▶ Nr. 46

panorama

inforegio

▶ Die EU begrüßt Kroatien

28. EU-Mitgliedstaat

- ▶ Bewältigung der Krise mit Unterstützung durch die Kohäsionspolitik
- ▶ Ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln
- ▶ Staatliche Beihilfen und Regionalpolitik

Regionalpolitik
und Stadtent-
wicklung

▶ **EDITORIAL** 3
Kommissar Johannes Hahn

▶ **SCHWERPUNKT** 4-9
KROATIENS ERFOLGREICHER WEG ZUM EU-BEITRITT

▶ **BEWÄLTIGUNG DER KRISE MIT UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE KOHÄSIONSPOLITIK** 10-13

▶ **UNABHÄNGIGE BEWERTUNG DER FORTSCHRITTE IN DER KOHÄSIONSPOLITIK 2007-2011** 14-16

▶ **PROJEKTE** 17-19
Projektbeispiele aus Kroatien, Finnland und Slowenien

▶ **NACHRICHTEN IN KÜRZE** 20-21

▶ **OPEN DAYS 2013** 22-23

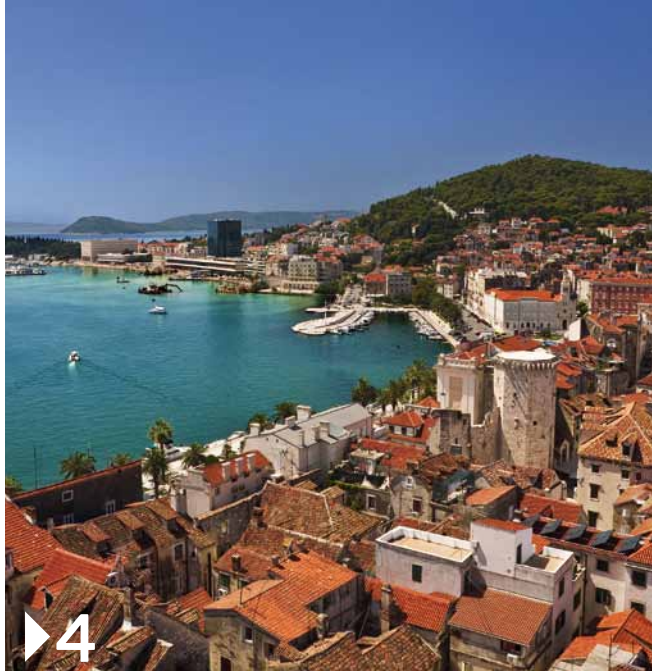
▶ **ORDNUNGSGEMÄSSE VERWENDUNG VON EU-MITTELN – EIN BLICK AUF DAS PRÜFVERFAHREN** 24-29

▶ **EIN BALANCEAKT – BEIHILFENKONTROLLE UND REGIONALPOLITIK** 30-31

▶ **KARTEN** 32-33
„NEET“-Quote – 15- bis 24-Jährige, 2012
Bildungsabschluss – prognostizierter Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit Hochschulabschluss im Jahr 2020

▶ **MIT EIGENEN WORTEN** 34-39
Nationale und regionale Sichtweisen auf die Kohäsionspolitik

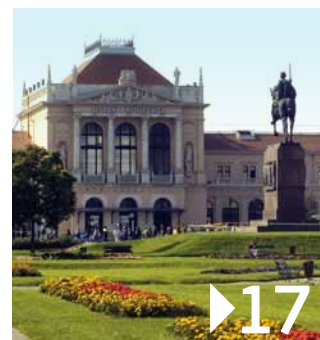
▶ **TERMINE** 40



▶ 4



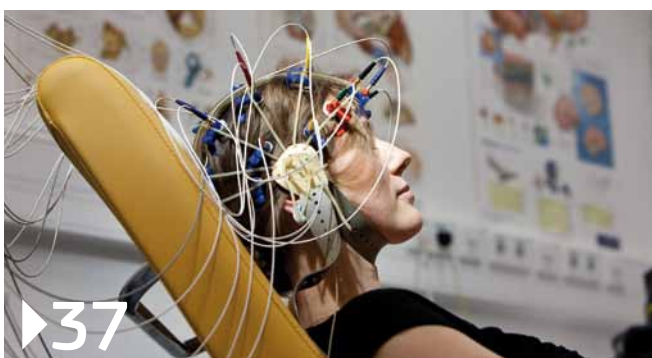
▶ 14



▶ 17



▶ 22



▶ 37

Fotos (Seiten):

Titelbild: Ansicht von Zagreb © Shutterstock

Seiten 3, 9, 21, 22, 23, 26: © Europäische Kommission

Seite 4: Split © Shutterstock

Seite 6: © Ministerium für Regionalentwicklung

und EU-Fonds, Republik Kroatien

Seite 8: Slavonski Brod © Marin Majstorović,

BIOCentre © BICRO, Marasca © Universität Zagreb

Seite 11: Ungarn © Nationale Agentur für Entwicklung, Ungarn

Seite 14: Superfast Cornwall © Cornwall Council

Seiten 17-19: Kroatien © Shutterstock, Slowenien

© Allgemeinkrankenhaus Brežice,

Finnland © Geopark Rokua

Seiten 24, 30: © Shutterstock

Seite 35: Mähren-Schlesien © Jifi Zerzoň

Seite 36: Flandern © Flämische Regierung

Seite 37: Sachsen © LIFE, Universität Leipzig

Seite 39: Schweden © Tillväxtverket

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm

Diese Ausgabe wurde im Juni 2013 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2013

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



▶ EDITORIAL

Johannes Hahn

Mitglied der Europäischen Kommission,
zuständig für Regionalpolitik

Am 1. Juli 2013 begrüßen wir die Republik Kroatien als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union. In den letzten 12 Jahren hat das Land ein weitreichendes Reformprogramm und die Anpassung seiner Rechtsvorschriften an den Rechtsbestand der EU – den sog. *gemeinschaftlichen Besitzstand* – durchgeführt.

Nach dem Beitritt werden die Kroatien zur Verfügung stehenden Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU 450 Millionen EUR betragen. Diese Investitionen werden voraussichtlich einen großen Teil des Entwicklungsbudgets des Landes in den kommenden Jahren ausmachen und sind ein gutes Mittel, um den Erfordernissen Kroatiens gerecht zu werden. Sie können zur Entwicklung einer modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft beitragen, die von der EU profitiert und gleichzeitig ein Aktivposten für die EU ist.

In dieser Ausgabe von *Panorama* stellen wir einige der mit EU-Förderung bereits realisierten Projekte vor.

Strategiebericht über die Umsetzung der Kohäsionspolitik

Kroatien wird sich in der Berichterstattung und Bewertung nach den Vorschriften der neuen Verordnungen den übrigen 27 Mitgliedstaaten anschließen. Vor Kurzem wurde der „Strategiebericht“ der Kommission über die Wirkung der EU-Strukturfonds in der EU-27 im Zeitraum 2007-2013 veröffentlicht. Dieser Bericht basiert auf den von den Mitgliedstaaten Ende 2012 vorgelegten Berichten und ist die erste bedeutende Gelegenheit, über Outputs und Ergebnisse sowie über den Beitrag der Politikmaßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung während eines Programmzeitraums zu berichten.

Der Bericht ist eine wertvolle Momentaufnahme von der Umsetzung der Politik und zeigt, dass wir neue innovative Unternehmen unterstützen, hochwertige nachhaltige Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen, abgelegene Regionen mit Breitbandanschlüssen versorgen, die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte bekämpfen und Verkehrsverbindungen einrichten, die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Region verbessern. Außerdem zeigt er Investitionsbereiche und Programme auf, bei denen gehandelt werden muss.

Ferner zeigt der Bericht, dass die Kohäsionspolitik zu enormer Flexibilität fähig ist und sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten den veränderten Bedürfnissen der Menschen und Gemeinschaften anpassen kann.

Prüfteams – die „stillen Helden“

Die Prüfteams der Kommission stellen sicher, dass die Mittel aus dem EU-Budget ordnungsgemäß verwendet werden. Damit sind sie die stillen Helden der EU-Regionalförderung. Auf die Kohäsionspolitik entfällt etwa ein Drittel des EU-Budgets, und die Prüfer spielen eine wichtige Rolle bei der Überwachung komplexer und weitgehend dezentraler Ausgabenprogramme.

Die EU-Prüfer arbeiten in einem System der geteilten Mittelverwaltung sehr eng mit nationalen Prüfungsorganen zusammen. Durch diesen Prozess hat sich die Beachtung der Vorschriften von Jahr zu Jahr verbessert. Mehr über die wichtige Arbeit der Prüfer erfahren Sie in dem Artikel auf Seite 24.

In ihrer Gesamtheit sind die Prüfer so etwas wie die Aufpasser im Auftrag der europäischen Steuerzahler und sorgen dafür, dass das Geld gesetzmäßig, vorschriftsmäßig und nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung ausgegeben wird.

► KROATIENS ERFOLGREICHER WEG ZUM EU-BEITRITT

Seit dem 1. Juli ist die Republik Kroatien 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union und kann fast 20 Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts seit der Unabhängigkeitserklärung feiern. Die Beitrittsverhandlungen begannen 2005 und wurden im Juni 2011 offiziell abgeschlossen. Im Dezember 2011 folgte die Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags.

Die Stadt Split an der kroatischen Adriaküste.

Der Beitrittsprozess zur EU, der rund 12 Jahre gedauert hat, motivierte Kroatien zu weitreichenden Reformen und zur Harmonisierung seiner Rechtsvorschriften mit dem *gemeinschaftlichen Besitzstand*.

„Kroatien ist heute ein anderes Land als zu Beginn des Beitrittsprozesses“, erklärte Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik. „Es tritt auch besser vorbereitet als andere Beitrittsländer der Europäischen Union bei. Dies ist das Ergebnis eines langen und gründlichen Prozesses. Man kann das Land nur beglückwünschen. Die Mitgliedschaft in der EU bietet beträchtliche Chancen, und diese Chancen müssen jetzt genutzt werden, damit Kroatiens Mitgliedschaft ein Erfolg und Gewinn für Kroatien und seine Bevölkerung, aber auch ein Gewinn für den westlichen Balkan und die EU insgesamt wird.“

Ein langer und erfolgreicher Weg

Der Prozess der Integration Kroatiens in die Europäische Union begann mit dem 2001 eingeleiteten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für den Westbalkan. Danach bewarb sich Kroatien 2003 um die EU-Mitgliedschaft. Die Beitrittsgespräche wurden im Frühjahr 2005 offiziell eröffnet.

Obwohl die Verhandlungen durch eine Reihe von Fragen aufgehalten wurden, konnte der Prozess 2011 abgeschlossen werden. Der Vertrag zwischen Kroatien und den 27 EU-Mitgliedstaaten wurde am 9. Dezember 2011 unterzeichnet.

Beim Referendum in Kroatien am 22. Januar 2012 stimmten 66% der Wähler für den EU-Beitritt.

Während des Übergangszeitraums bis zum Beitritt hatte Kroatien einen aktiven Beobachterstatus in den europäischen Institutionen. Dadurch konnten sich seine Funktionsträger mit der Arbeitsweise der EU-Institutionen vertraut machen und in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.



Wettbewerbsfähig werden

Vor der weltweiten Finanzkrise 2008-2009 verzeichnete die kroatische Wirtschaft ein jährliches Wachstum von 4-5%. In dieser Phase verdoppelten sich die Einkommen, und die wirtschaftlichen und sozialen Chancen verbesserten sich enorm. Die anhaltende Krise hat diese Fortschritte und Kroatiens Hoffnungen jedoch auf eine harte Probe gestellt: Ende 2012 stieg die Arbeitslosenquote auf über 14%, und die Jugendarbeitslosigkeit in Kroatien ist nach wie vor hoch.

Der EU-Beitritt bietet eine große Chance, die Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens durch Festigung des Wettbewerbsvorteils des Landes und seiner Regionen zu stärken und vom erweiterten Markt zu profitieren.

Industrie und Handel

Ungefähr die Hälfte des kroatischen Außenhandels findet mit den Ländern des Euroraums statt – hauptsächlich Deutschland und Italien. Aus dem Euroraum stammen ungefähr drei Viertel der ausländischen Direktinvestitionen, die in das Land fließen. Darüber hinaus hat Kroatien einen hohen Anteil an Banken, die aufgrund ihrer Eigentumsverhältnisse indirekt von der Krise des Euroraums betroffen waren.

Auf den Industriesektor entfallen über 27% des BIP. Seine wichtigsten Branchen sind der Schiffbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Pharmaindustrie, die Informationstechnologie, die biochemische Industrie und die Holzwirtschaft.

Die Landwirtschaft macht nur 4% des BIP aus, beschäftigt aber 14% aller Erwerbstätigen. Da 42% der Bevölkerung im ländlichen Raum leben, stellt die Landwirtschaft eine wichtige Existenzgrundlage dar.

Auf dem Weg zum EU-Beitritt hat das kroatische Landwirtschaftsministerium intensiv an der Harmonisierung und Übernahme einer Reihe von Verordnungen im Bereich der Landwirtschaft, der Lebensmittelsicherheit, der Veterinär- und der Pflanzenschutzpolitik sowie der Fischerei gearbeitet.

Verkehrsnetze

Kroatien liegt an drei paneuropäischen Verkehrskorridoren zwischen der Europäischen Union und Südosteuropa. Das Land hat, hauptsächlich mit öffentlichen Mitteln, stark in die Entwicklung seines Verkehrsnetzes investiert. Schwerpunktbereiche waren Straßen, Autobahnen und Häfen.

Der kroatische Eisenbahnbereich steht vor großen Herausforderungen. Es sind Investitionen erforderlich, um ihn ins EU-Netz zu integrieren. Als Schritt in diese Richtung wurde in der Heranführungsphase mit EU-Fördermitteln eine großangelegte Modernisierung der Infrastruktur des Hauptbahnhofs von Zagreb auf den Weg gebracht (siehe Artikel Seite 17).

KROATIEN: WICHTIGE FAKTEN

- ▶ Gesamtfläche: **87 661 km²**
- ▶ Bevölkerung: **4 290 000**
- ▶ Hauptstadt: **Zagreb**
- ▶ Politisches System: **parlamentarische Demokratie**
- ▶ Territorialer Aufbau: **20 Bezirke und die Stadt Zagreb**
- ▶ Städtische Zentren: **Die Bevölkerung ist in städtischen Zentren konzentriert, und 49% aller Bürger leben in den fünf größten Bezirken – Stadt Zagreb und Bezirk Zagreb, Split-Dalmatien, Osijek-Baranja und Primorje-Gorski Kotar**
- ▶ Amtssprache: **Kroatisch**
- ▶ Währung: **Kuna (HRK) – 1 EUR = 7,58 HRK**
- ▶ Wichtigste Handelspartner: **Italien, Österreich, Deutschland, Slowenien, Serbien**
- ▶ Hauptausfuhrartikel: **Transportausrüstung, Maschinen, Textilien, chemische Erzeugnisse, Lebensmittel, Brenn- und Kraftstoffe**
- ▶ Haupteinfuhrartikel: **Maschinen, Transport- und elektrische Ausrüstung, chemische Erzeugnisse, Brenn-, Kraft- und Schmierstoffe sowie Lebensmittel**
- ▶ Wichtigste Flughäfen: **Zagreb, Split, Dubrovnik, Pula, Rijeka**

Naturerbe und Tourismus

Das kroatische Territorium gehört ökologisch zu den am besten erhaltenen gebliebenen Gebieten in Europa. 47% der Landfläche und 39% der Meeresfläche sind als besonders geschützte Gebiete und Schutzgebiete ausgewiesen. Kroatien besitzt 19 National- und Naturparks. Einige davon, wie etwa der Nationalpark Plitvicer Seen, wurden zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt. Die Schönheit der Natur zieht jedes Jahr Millionen von Touristen an. Die Einnahmen aus dem Tourismus machen etwa 15% des kroatischen BIP aus. Der Erhalt der Umwelt steht im Entwicklungsprogramm weit oben und ist eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft.

Laufende Strukturreformen

Als Mitglied der EU widmet sich Kroatien weiterhin Strukturreformen, nicht nur, weil es später einmal dem Euroraum beitreten möchte, sondern auch, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft zu verbessern. Kroatien wird von Investitionen im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) profitieren, die die Umsetzung dieser laufenden Strukturreformen unterstützen werden.



▷ INTERVIEW

Panorama spricht mit Branko Grčić, dem stellvertretenden kroatischen Ministerpräsidenten und Minister für Regionalentwicklung und EU-Fonds, über den EU-Beitritt des Landes.

► Welche positiven Veränderungen hat der Integrationsprozess Kroatien bereits gebracht?

Zunächst einmal muss ich sagen, dass wir uns über den Beitritt unseres Landes zur EU freuen, auf den wir so lange warten mussten. Wir fühlen uns wie Heimkehrer, denn schließlich waren unser Land, unsere Geschichte, Kultur und unsere Traditionen jahrhundertlang ein nicht wegzudenkender Teil von Europa.

Wenn wir auf die 35 sehr schwierigen Verhandlungskapitel mit der EU zurückblicken, sehen wir, dass wir in all diesen Bereichen erhebliche Fortschritte erzielt haben.

Wir mussten in den letzten 20 Jahren in einer sehr sensiblen Phase sehr tiefgreifende Reformen durchführen. Es war ein langer Weg. Aber es hat uns geholfen, uns besser vorzubereiten, besonders im Hinblick auf den EU-Markt und die EU-Strukturen.

Unser Beitritt zur EU wird ganz bestimmt erheblich zu unserem künftigen Wohlstand beitragen. Aber wir hoffen und sind überzeugt, dass auch wir selbst Europa eine neue Qualität bringen können.

► Welche Herausforderungen erwarten Sie als EU-Mitgliedstaat?

Die Mitgliedschaft bringt zahlreiche Herausforderungen. Die weitere Haushaltskonsolidierung und die Durchführung nationaler Reformen in verschiedenen Bereichen werden sich nach dem Beitritt wegen der viel stärkeren Beteiligung der EU-Institutionen in diesen Bereichen noch schwieriger gestalten.

Wir werden sehr bald die stärkere Konkurrenz durch Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten zu spüren bekommen, und dies zu einem aufgrund der Rezession sehr schwierigen und sensiblen Zeitpunkt für die kroatische Wirtschaft. Gleichzeitig werden kroatische Unternehmen einen Teil ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf dem CEFTA-Markt einbüßen, weil sie beim Export in CEFTA-Staaten neue Tarife haben.

Die Beteiligung am Politikgestaltungsprozess der EU wird sicherlich eine effizientere Verwaltung erfordern, die aktiv zum Entscheidungsprozess beitragen und für die richtige und effektive Umsetzung der EU-Politik in Kroatien sorgen kann. Die Verwaltung europäischer struktureller Investitionen und die Realisierung der gesetzten Ziele, die sich aus der Strategie Europa 2020 ableiten, werden eine besondere Herausforderung darstellen. Der Aufbau eines Bestands an Projekten von hoher Qualität, die tatsächlich zur Umsetzung der angenommenen Strategien beitragen, ist neben der Stärkung der administrativen Leistungsfähigkeit, die für die termingerechte und effektive Programmdurchführung sorgen wird, unser Hauptziel.

► Wie kann Kroatien Ihrer Meinung nach zum nachhaltigen, wettbewerbsfähigen Wachstum der Europäischen Union beitragen?

Die kroatische Wirtschaft befindet sich seit 2008 in einer Rezession. Von der anhaltenden Rezession in Europa konnte Kroatien nicht unberührt bleiben, denn wir leben ja nicht auf einer Insel. Die Strategie der Regierung zur Belebung der Wirtschaft setzt auf Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und Förderung von Investitionen, besonders von privaten Investitionen. Denn diese sind der Schlüssel zum Erhalt bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir sind überzeugt, dass die bisherigen und die in den kommenden Jahren bevorstehenden Maßnahmen der Regierung – insbesondere die Reformen in Bereichen wie soziale Sicherheit, Gesundheit, Arbeitsmarkt und öffentliche Verwaltung – für die notwendige Stabilität des makroökonomischen Gesamtrahmens sorgen und unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern werden.

In bestimmten Bereichen wie Tourismus, Verkehr und Logistik, erneuerbare Energiequellen, Metallverarbeitung und Produktion von Maschinen und Schiffen hat Kroatien ein ganz erhebliches Wachstumspotenzial. Da sehen wir ausgezeichnete Möglichkeiten für Investoren. Wir müssen die Bedingungen für Investitionen weiterhin verbessern, denn nur so können wir für langfristige wirtschaftliche und finanzielle Stabilität sorgen.

▶ Wie kann der GSR Ihrer Meinung nach zur künftigen Entwicklung Kroatiens und seiner Regionen beitragen?

ESI-Fonds werden eines der wichtigsten Instrumente zur Bewältigung der Hauptentwicklungsaufgaben Kroatiens in den kommenden Jahren und zur Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 in Kroatien sein. Aber der Wert der ESI-Fonds liegt nicht allein in der Verfügbarkeit von Finanzmitteln. Für Kroatien ist es sehr viel wichtiger, dass wir damit

eine kohärente Strategie entwickeln können, die stärker als heute auf der nationalen Entwicklungspolitik basiert. Für einige Bereiche wie etwa Forschung und Entwicklung, die bisher im Staatshaushalt zu kurz gekommen sind, werden die ESI-Fonds eine große Chance bieten, zu anderen Mitgliedstaaten aufzuschließen. Wir werden die Investitionen in den Bereichen konzentrieren, die am meisten zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wertschöpfungspotenzial der kroatischen Regionen beitragen können. ■

▷ VORBEREITUNG AUF MITGLIEDSCHAFT UND KOHÄSIONSPOLITIK

In der Heranführungsphase hat die EU konkrete und gezielte Finanzhilfe für Kroatien geleistet, um dessen Anstrengungen im Bereich der politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformen während der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft zu unterstützen.

Von 2000 bis 2006 hat Kroatien rund 530 Millionen EUR aus sektorbezogenen Heranführungsprogrammen der EU erhalten.

Seit 2007 profitiert Kroatien vom Instrument für Heranführungshilfe (IPA), das die früheren sektorbezogenen Hilfsprogramme ersetzt hat. Im Zeitraum 2007-2012 haben die Staaten ca. 997 Millionen EUR erhalten. Das macht rund 150 Millionen EUR pro Jahr. Ein IPA-Programm war politischen und wirtschaftlichen Reformen gewidmet, und mit vier weiteren Programmen wurde das Land auf die Kohäsions- und Landwirtschaftspolitik vorbereitet.

Die Funktionsweise der EU-Regionalpolitik ist also nichts Neues für Kroatien. Die Funktionsträger konnten bereits praktische Erfahrungen in der Verwaltung von Programmen nach den Vorschriften der Kohäsionspolitik sammeln.

Regionale und lokale Akteure haben die Mittel für innovative Projekte in den Bereichen Verkehr, Umwelt sowie wirtschaftliche, soziale und ländliche Entwicklung verwendet.

Zusammenarbeit mit Nachbarländern

Im Rahmen des IPA (Komponente 2, 98 Millionen EUR) wurde die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten – Ungarn, Italien und Slowenien – sowie mit den benachbarten Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien ausgeweitet.

Im Rahmen der Regionalentwicklung (Komponente 3, 345 Millionen EUR) wurden Verkehrsprojekte zur Förderung der Eisenbahninfrastruktur und der Binnenwasserstraßen auf den Weg gebracht (siehe Seite 8). Im Rahmen von Umweltprogrammen wurde in integrierte Abfall- und Wasserprojekte investiert. Außerdem wurden verschiedene Wirtschafts- und Forschungsprogramme zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet.

Im Rahmen der IPA-Komponente 4 („Humanressourcen“, 94,5 Millionen EUR) wurden zahlreiche Projekte entwickelt, die auf besseren Zugang zur Beschäftigung und auf stärkere soziale Integration abzielten.

Mit den IPA-Mitteln konnte Kroatien Kapazitäten und Ressourcen für die Inanspruchnahme erheblicher Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds aufbauen, die nach dem Beitritt bereitgestellt werden.

Die IPA-Verfahren für Projektauswahl, Ausschreibung und Auftragsvergabe ähneln den Verfahren bei den Strukturfonds. Beim Einsatz von IPA-Mitteln konnten die Institutionen des Landes wertvolle Erfahrungen im Hinblick auf die künftige Verwendung viel größerer Mittel nach dem Beitritt sammeln.

▷ PROJEKTE

In der Heranführungsphase waren Investitionen zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und wichtiger Infrastrukturen im Verkehrs- und Umweltbereich wesentliche Prioritäten. Der Hauptbahnhof von Zagreb ist ein Beispiel hierfür (siehe Artikel Seite 17). Weitere Beispiele werden weiter unten gezeigt.

INFRASTRUKTUR

Wasserversorgungs- und Abwassersystem bei der Kläranlage für Slavonski Brod

Mit dieser Umweltinvestition soll das Wassersystem im Donaubecken verbessert und die Sicherheit der Wasserversorgung für bestehende Abnehmer verbessert werden. Außerdem sollen zusätzlich ca. 4 300 Einwohner angeschlossen werden. Eine moderne, EU-Anforderungen entsprechende Kläranlage wird eine effektivere Abwasserbehandlung ermöglichen. Durch das Projekt wird auch die Zahl der ans Abwassersystem angeschlossenen Einwohner (9950) zunehmen. Darüber hinaus trägt das Projekt zum Schutz der Umwelt bei und gewährleistet die Konformität mit EU-Umweltstandards.



FÖRDERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Zentrum für Biotechnologie

Auf dem Campus der Universität Zagreb wird ein Vermarktungs- und Gründerzentrum für Biotechnologie (BIOCentre) eingerichtet. Dieses Zentrum wird neu gegründete kroatische Unternehmen im Bereich der Biotechnologie und der Biowissenschaften unterstützen. Es wird Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Geschäftsräume, Know-how und die für Unternehmensgründung und -unterstützung erforderlichen Leistungen bereitstellen. Es wird Verbindungen zu kroatischen, regionalen und internationalen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Unternehmen herstellen. Das Gesamtprojektziel des BIOCentres besteht darin, die Fähigkeit von Hochschuleinrichtungen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zum Technologietransfer und zur Vermarktung zu entwickeln. Das wiederum wird eine nachhaltige Regionalentwicklung und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftszweigen mit hoher Wertschöpfung und von wissensbasierten KMU fördern. Langfristig möchte Kroatien das führende Land Südosteuropas im Biowissenschafts- und Technologiebereich werden. Die neu gegründeten Unternehmen werden erstens aus Kroatien, zweitens aus Südosteuropa und drittens (wenn möglich) aus Mittel- und Osteuropa rekrutiert.

FÖRDERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Marasca – Entwicklung der Lebensmitteltechnologie

Ein weiteres Projekt zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit hatte die Anwendung hochentwickelter Verfahren (Gefrier Trocknung, Sprühtrocknung) bei der Herstellung von Lebensmittelerzeugnissen und halbfertigen Produkten aus Marasca-Kirschen zum Gegenstand. Es wurde ein „Cluster“ eingerichtet, um die anvisierten Erzeugergruppen und entsprechende Einrichtungen – darunter die biotechnische Fakultät in Zadar und die Universität Ljubljana – zusammenzubringen. Das Programm schließt Bewusstseinsbildung und Fortbildungspläne ein. Außerdem wurden ein neues Labor sowie eine Pilotproduktionsanlage für gefriergetrocknete Marasca-Sauerkirschen und für Saftpulver aus Marasca-Sauerkirschen entwickelt. Durch den Wissens- und Technologietransfer an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Region wird die Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Lebensmittelindustrie verbessert, und es entstehen Partnerschaften zwischen lokalen Erzeugern, der dortigen lebensmittelverarbeitenden Industrie und der Wissenschaft. Darüber hinaus wird die breitere Öffentlichkeit über die positiven Eigenschaften von Marasca-Sauerkirschen informiert.



▷ VERWALTUNG VON KOHÄSIONSPROGRAMMEN NACH DEM BEITRITT

Nach dem Beitritt werden Kroatien 450 Millionen EUR aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU zur Verfügung stehen: 150 Millionen EUR aus den Kohäsionsfonds und 300 Millionen EUR aus den Strukturfonds. Diese Mittel sind ein sehr gutes Instrument, um den Erfordernissen Kroatiens in den Bereichen Verkehr und Umwelt sowie Innovation und Modernisierung der Produktion gerecht zu werden.

Förderfähigkeit im Rahmen neuer Programme

Durch die Vollmitgliedschaft Kroatiens sind dessen Regionen förderfähig im Rahmen der Konvergenzziele und der Ziele der europäischen territorialen Zusammenarbeit.

Die IPA-Heranzführungsprogramme werden automatisch in EFRE, ESF und Kohäsionsfonds umgewandelt.

Die Gesamtmittelzuteilung dieser Programme wird sich beinahe verdoppeln. Denn zu den 537 Millionen EUR ehemaliger IPA-Mittel kommen 450 Millionen aus ESF, EFRE und Kohäsionsfonds hinzu.

Der Inanspruchnahmezeitraum für die 450 Millionen EUR an neuen Mitteln wird ausgesprochen kurz sein – nur 3,5 Jahre. Daher haben die nationalen Behörden und die Europäische Kommission den Ausbau der Verwaltungsstrukturen und die Konzentration auf die gleichen sektoralen Prioritäten sowie die Erstellung einer „Pipeline“ mit ausgereiften Projekten vereinbart.

Künftige Programme für den Zeitraum 2014-2020

Parallel zur Vorbereitung und Durchführung dieser ersten Kohäsionsprogramme bereitet Kroatien derzeit sein Partnerschaftsabkommen vor und steckt den Rahmen für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 ab.

Im MFR-Entwurf 2014-2020 sind rund 8 Milliarden EUR für Kohäsionsprogramme in Kroatien vorgesehen. Dies stellt einen bedeutenden Teil der künftigen Investitionen in dem Land dar.

Die kroatischen Behörden haben bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen, um sektorspezifische Strategien und die Planung öffentlicher Finanzmittel entsprechend den Zielen von Europa 2020 anzupassen.



VON LINKS NACH RECHTS:
Branko Grčić, stellvertretender kroatischer Ministerpräsident und Minister für Regionalentwicklung und EU-Fonds, trifft Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, bei dessen Besuch in Zagreb.

Im ganzen Land finden intensive Konsultationen statt, um über Finanzierungsprioritäten zu entscheiden und geeignete Projekte für das Land zu finden.

In ihrem Positionspapier vom Januar 2013 schlug die Europäische Kommission vor, mit der Kohäsionsförderung KMU, Forschung und Innovation massiv zu unterstützen und so in die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Außerdem fordert sie Programme zur Anpassung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsysteme, zur bestmöglichen Nutzung natürlicher Ressourcen, zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung und zur Stärkung des sozialen Dialogs.

Die Erfahrungen in den meisten neuen Mitgliedstaaten haben gezeigt, dass die europäischen Struktur- und Investitionsfonds entscheidend zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen können. Es ist zu erwarten, dass diese Fonds in Kroatien einen stabilen und wertvollen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zum wirtschaftlichen Wohlergehen leisten und die Partnerschaft mit dem Südosten Europas, mit Mitteleuropa und allen Mitgliedstaaten stärken werden.

▷ MEHR DAZU

Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien:
http://ec.europa.eu/croatia/index_hr.htm

▶ BEWÄLTIGUNG DER KRISE MIT UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE KOHÄSIONSPOLITIK

Am 18. April präsentierte die Europäische Kommission einen Bericht über die Wirkung der Kohäsionspolitik in den Mitgliedstaaten in diesen Krisenzeiten. Zusammengefasst lauten die Kernaussagen, dass es eindeutige und zunehmende Hinweise für die Wirksamkeit von Programmen in vielen politischen Schwerpunktbereichen und Mitgliedstaaten gibt. Die kohäsionspolitischen Programme haben bewiesen, dass sie genügend Flexibilität besitzen, um auf die Krise zu reagieren. Es gibt aber noch viel zu leisten und es bestehen Risiken in einigen strategischen Bereichen. Die Kommission ist bereit, eine weitere Neuprogrammierung und eine Verringerung der nationalen Kofinanzierung ins Auge zu fassen, wo dies gerechtfertigt ist und Wachstum und Beschäftigung gefördert werden sollen. Aus den gegenwärtigen Programmen müssen wichtige Lehren gezogen werden. Die Bewertung und die Verwendung von Indikatoren müssen verstärkt werden, um die Programmplanung für die Zukunft zu unterstützen.

Der „Strategiebericht“ über die Durchführung kohäsionspolitischer Programme 2007-2013 führt die verfügbaren Daten (größtenteils von Ende 2011) aller 27 Mitgliedstaaten und der Kooperationsprogramme zusammen⁽¹⁾. Dies ist eine große Koordinierungsaufgabe bei den 434 Programmen, 273 Regionen und 27 Mitgliedstaaten, auf die sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Europäische Sozialfonds und der Kohäsionsfonds erstrecken. Mit diesen Fonds werden im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik 347 Milliarden EUR oder 35 % des gesamten EU-Budgets 2007-2013 investiert.

Die Strategiebericht-Verpflichtung gilt für die Kommission und die 27 Mitgliedstaaten, die aufgefordert wurden, bis Ende 2012 ihre nationalen Berichte vorzulegen und ihre Rolle bei der Verwaltung dieses sehr großen Budgets darzulegen.

Auswirkungen der Krise und Reaktion

Den nationalen Berichten ist zu entnehmen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise überall Wirkung gezeigt hat. Zeitpunkt und Schwere der Auswirkungen waren aber unterschiedlich. Die Rolle der Kohäsionspolitik in den nationalen Entwicklungsstrategien der Mitgliedstaaten ist ebenfalls unterschiedlich.

In der Regel haben die stärker entwickelten Mitgliedstaaten im Rahmen der Kohäsionspolitik mittel- und langfristige Investitionen in Innovation, KMU und den Arbeitsmarkt gefördert. Sie haben einige Änderungen im Investitionsbedarf angezeigt, haben aber auf punktuelle Schläge im Zusammenhang mit der Rezession hauptsächlich mit nationalen Programmen reagiert. In diesen Ländern erfolgte nur sehr begrenzt eine Neuprogrammierung. Denn die ursprünglichen strategischen Ziele werden als weiterhin gültig betrachtet.

Die weniger entwickelten Mitgliedstaaten und diejenigen, die noch Konvergenzförderung erhalten, haben die Bedeutung der Kohäsionspolitik zur Unterstützung öffentlicher Investitionen allgemein anerkannt. Hierbei handelt es sich aber nicht um eine homogene Gruppe. Ein kleinerer Teil von ihnen hat die Rezession überstanden und ist wieder auf dem Wachstumspfad. Andere – Irland, Griechenland, Lettland, Portugal und Rumänien – haben „Programmförderung“ gebraucht, um die makroökonomische Stabilität wiederherzustellen. In diesen Ländern hat die Kommission auf das außergewöhnliche wirtschaftliche Klima mit Neuprogrammierung in erheblichem Umfang und mit Verringerung der nationalen Kofinanzierung reagiert, um auf die sich ändernden sozioökonomischen Erfordernisse und die geringer gewordene Kofinanzierungsfähigkeit nationaler Stellen zu reagieren.

(1) Europäische territoriale Zusammenarbeit – transnationale, grenzüberschreitende und Kooperationsprogramme.

Mit EU-Unterstützung konnte Hungrana, das größte Maisverarbeitungsunternehmen in Europa, seine CO₂-Emissionen durch Investition in ein auf Biomasse basierendes Dampfergie-System drastisch verringern. Das Projekt in der ungarischen Region Zentraltransdanubien war eine von mehreren Fallstudien im Strategiebericht.



In der EU-27 sind rund 36 Milliarden EUR umverteilt worden, um den sich ändernden sozioökonomischen Erfordernissen gerecht zu werden. 90% dieser Transfers wurden 2011-2012 angewendet. Parallel dazu wurde für Programme in einigen Mitgliedstaaten die Verpflichtung abgeschafft, dass ca. 15,5 Milliarden EUR an nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmitteln aufgebracht werden müssen. Damit soll erreicht werden, dass EU-Mittel schneller investiert werden können.

Dennoch stand man in vielen Mitgliedstaaten bei der Programmverwaltung vor folgenden Problemen: abnehmende Nachfrage nach innovationsfördernden Maßnahmen bei KMU und nach IKT; Schwierigkeiten von Leistungsempfängern, entsprechende Kofinanzierungsmittel aufzubringen (dies führte in vielen Bereichen zu kleineren Projekten); längere Umsetzungszeiten.

Beitrag zu europäischen Prioritäten

Viele nationale Berichte sprechen eine deutliche Sprache hinsichtlich der Rolle der Kohäsionspolitik bei der Unterstützung der europäischen Prioritäten des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums. Dies kommt im Zusammenhang mit der ESF-Unterstützung für Investitionen in den Arbeitsmarkt und in Humankapital und der ESF-Unterstützung für Reformen klar zum Ausdruck. ▶▶

DER EU-STRATEGIEBERICHT DIE SPITZE DES EISBERGS

Die nationalen Berichte der Mitgliedstaaten werden mit einigem Aufwand erstellt, um die Programmverwaltung und -durchführung transparenter zu machen. Die 27 Mitgliedstaaten haben:

- ▶ über 2 000 Seiten Berichte mit Zusammenfassungen und über 1 600 Seiten Anhänge vorgelegt (durchschnittlicher Umfang der Berichte: 75 Seiten);
- ▶ Berichte in 22 Amtssprachen der EU vorgelegt, oft mit englischen Übersetzungen des vollständigen Berichts oder einer Zusammenfassung;
- ▶ annähernd 270 Beispiele für bewährte Verfahren in den Bereichen intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum aufgezeigt;
- ▶ Sechs Mitgliedstaaten präsentierten ihre Berichte Anfang 2013 den anderen Mitgliedstaaten. Ihre Darstellungen können online abgerufen werden.

Jeder nationale Bericht liefert ein detailliertes Bild von den wirtschaftlichen und institutionellen Besonderheiten und nähere Einzelheiten zu den Fortschritten im Hinblick auf die Programmziele. Die Kommission hat die 27 nationalen Berichte online zusammengestellt und anhand dieser Berichte ihren zusammenfassenden Bericht erstellt.

▶▶ Darüber hinaus gibt es viele Beispiele dafür, wie der EFRE Forschung und Innovation unterstützt, sich dem Zugang von KMU zu Finanzmitteln gewidmet hat, aber auch Programme zur Energieeffizienz und überhaupt nachhaltige Entwicklung fördert.

Vereinzelte Belege für die Rolle von EU-Mitteln sind auch in den Projektbeispielen zu finden, während die Daten von

Hauptindikatoren und Leistungsempfängern erstmals ein Gesamtbild von den erzielten Ergebnissen liefern.

Obwohl bis zum Abschluss der Programme im Jahr 2015 noch Daten für vier weitere Jahre auszuwerten bleiben, lässt sich schon jetzt sagen, dass die Investitionen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Sozialfonds Fortschritte

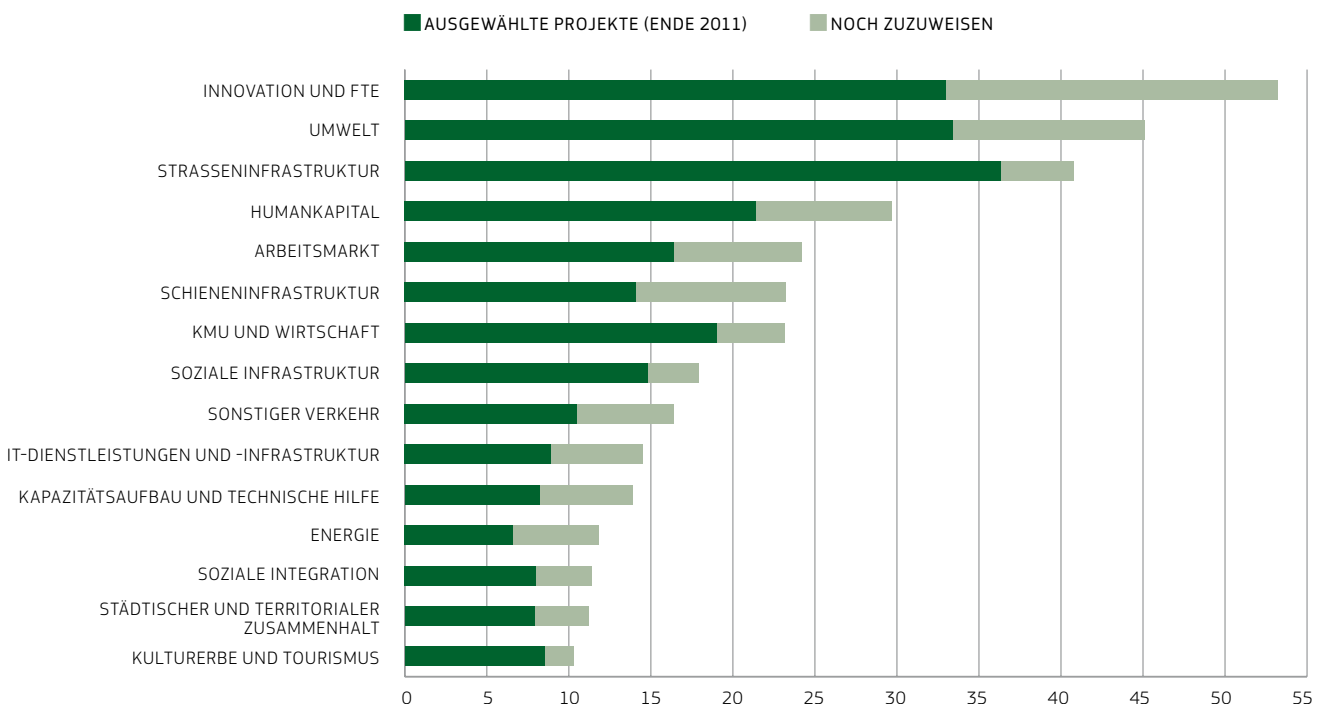
ERGEBNISSE

Hier einige hervorstechende „große Zahlen“ aus den nationalen Berichten über Tätigkeit und Outputs bis dato:

- ▶ Innovationstätigkeiten und kleine Unternehmen erhalten starke Impulse durch EFRE-Investitionen:
 - ▷ **53 240 FTE-Projekte** wurden gefördert.
 - ▷ **16 000 Forschungsprojekte** von Unternehmen wurden **kofinanziert**.
 - ▷ **53 160 Unternehmensgründungen** wurden gefördert.
- ▶ Im Rahmen des EFRE wurden **fast 400 000 Arbeitsplätze geschaffen** (die Hälfte davon 2010-2011), darunter 15 600 Arbeitsplätze in der Forschung und 167 000 Arbeitsplätze in KMU.
- ▶ **1,9 Millionen Menschen mehr** sind jetzt an **Breitbandnetze** angeschlossen, die mit Mitteln aus dem EFRE kofinanziert wurden.
- ▶ **2,6 Millionen** Menschen mehr haben Zugang zu Wasserversorgung nach EU-Standards und **5,7 Millionen** Menschen mehr sind an die Abwasseraufbereitung angeschlossen (hauptsächlich aus Mitteln des Kohäsionsfonds gefördert).
- ▶ Zusätzlich zu anderen Straßen- und Schienenprojekten wurden **460 km TEN-V-Straßen und 334 km TEN-V-Schienenstrecken fertiggestellt** (hauptsächlich Kohäsionsfonds).
- ▶ **2,4 Millionen Menschen**, die durch den Europäischen Sozialfonds unterstützt wurden, fanden spätestens nach 6 Monaten eine neue Arbeitsstelle (aus einer Bewertungsstudie der Europäischen Kommission).
- ▶ Die Zahl der jährlich vom ESF (im Rahmen aller politischen Ziele) unterstützten Personen stieg von **10 Millionen pro Jahr vor 2010 auf seither rund 15 Millionen pro Jahr**.

Diese Zahlen beruhen hauptsächlich auf abgeschlossenen Projekten im Zeitraum 2007-2011 (fünf Mitgliedstaaten lieferten Daten bis Juni 2012). Nähere Einzelheiten je Mitgliedstaat sind im Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen und in den online bereitgestellten 13 thematischen Merkblättern enthalten.

▶ Überblick über EU-Mittel nach Zielen – ausgewählte Projekte und noch zuzuweisende Mittel (2007-2011)



und Verbesserungen für viele Bürger gebracht haben. Aber angesichts des Umfangs der Investitionen und ausstehender Projektabschlüsse wird noch weit mehr erwartet. Für Programme, die nicht die relevanten freiwilligen Kernindikatoren verwenden, wird in den Jahresberichten 2012 eine weitere Gelegenheit sein, die Programmsergebnisse aussagekräftiger wiederzugeben.

Messung der Fortschritte

Dieser Bericht bietet erstmals Gelegenheit, während eines Programmplanungszeitraums die bisherigen Fortschritte im Hinblick auf Outputs und Ergebnisse zu bewerten. Nie zuvor standen der Kommission solche Daten in analysierbarer und präsentierbarer Form zur Verfügung.

Aufgrund der Daten zu Outputs, Ausgaben und Projektauswahl haben wir ein klareres – wenn auch immer noch unvollständiges – Bild über die Fortschritte bei der Umsetzung. Die Projektauswahl- und Ausgabenquoten folgen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlichen Mustern. Manche Programme haben alle Projekte ausgewählt, aber haben niedrige Ausgabenquoten. Andere müssen noch ein Volumen von Projekten auswählen, haben aber hohe Ausgabenquoten.

Identische Muster sind nicht zu erwarten (Investitionsmix, Auswahlkriterien und institutionelle Kapazitäten sind unterschiedlich). Vielmehr ist Vorsicht geboten. Die Projektauswahl allein ist keine Garantie für die finanzielle Ausführung oder für das Erzielen der richtigen Outputs und Ergebnisse, die zu Wachstum und Beschäftigung führen.

Im Bericht zeigt die Kommission die Investitionsbereiche auf, in denen Maßnahmen zur beschleunigten Auswahl und Durchführung von kofinanzierten Projekten im Zeitraum 2007-2013 erforderlich sind, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Insbesondere gibt es in verschiedenen Gruppen von Mitgliedstaaten offenkundige Verzögerungen in wichtigen strategischen Sektoren wie Forschung und Innovation, IKT-Investitionen, Bahn, erneuerbare Energien und Kapazitätsaufbau. In manchen Fällen geht ein langsamer Fortschritt in bestimmten Bereichen mit einem schnellen Fortschritt in anderen einher. Dies lässt vermuten, dass ohne Korrektur die ursprünglichen Strategien und Ziele nicht beachtet werden.

Raum für Verbesserung

In ihren Schlussfolgerungen stellt die Kommission zwei Hauptaussagen heraus.

Die Mitgliedstaaten müssen ihr Augenmerk eindeutig auf die Umsetzung der aktuellen Programme richten. Es steht zu viel auf dem Spiel. Über 50% der verfügbaren Mittel müssen aufgrund von Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft erst noch in Anspruch genommen werden. Die Kommission wird mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und eine Neuprogrammierung ins Auge zu fassen, wo dies zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt.

„Dieser Bericht ist eine wertvolle Momentaufnahme einer Politik, die positive Ergebnisse in fast allen Prioritätsbereichen der EU erzielt und Investitionen in Wachstum bewirkt, die derzeit dringend erforderlich sind. Wir unterstützen neue innovative Unternehmen, schaffen hochwertige nachhaltige Arbeitsplätze für die Zukunft, versorgen abgelegene Regionen mit Breitbandanschlüssen, bekämpfen die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte und richten Verkehrsverbindungen ein, die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Region verbessern. Bei der Reaktion auf die Krise und der Anpassung an die veränderten Bedürfnisse der Menschen und Gemeinschaften wurde außerdem die enorme Flexibilität dieser Politik unter Beweis gestellt.“

Wir müssen jedoch auch Lehren aus diesem Bericht ziehen: Die Ergebnisse sind bisweilen uneinheitlich, und die Mitgliedstaaten müssen sich bemühen, die EU-Mittel schneller abzurufen. Mit Blick auf den neuen Programmplanungszeitraum sollten die Mitgliedstaaten und Regionen ihre Politik noch stärker auf die Ergebnisse und Prioritäten mit den größten Auswirkungen ausrichten.“

Johannes Hahn – Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Regionalpolitik und Stadtentwicklung

Außerdem wird in dem Bericht betont, wie wichtig die tiefgreifenden Reformen, über die derzeit zwischen dem Europäischen Parlament und den EU-Regierungen verhandelt wird, für die Kohäsionspolitik 2014-2020 sind. Hierzu gehören eine strategischere Konzentration von Mitteln auf Hauptprioritäten und eine stärkere Fokussierung auf Ergebnisse und Bewertungen.

Der im folgenden Artikel dargestellte zusammenfassende Bericht lieferte zusätzlich unabhängiges analytisches Material, das die Analyse der nationalen Strategieberichte durch die Kommission unterstützt.

Der Strategiebericht wird jetzt Gegenstand der Erörterung mit den jeweiligen EU-Institutionen sein.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/how/policy/strategic_report_en.cfm



Die Kohäsionspolitik der EU hat mitgeholfen, das superschnelle Glasfaser-Breitbandnetz nach The Lizard, an den südlichsten Punkt im Vereinigten Königreich, zu bringen. Das mit EFRE-Mitteln kofinanzierte Projekt „Superfast Cornwall“ (Superschnelles Cornwall) war eine von mehreren Fallstudien über erfolgreiche Projekte im EU-Strategiebericht über die Durchführung kohäsionspolitischer Programme 2007-2013 (siehe auch Artikel S. 10-13).

▶ UNABHÄNGIGE BEWERTUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK 2007-2011

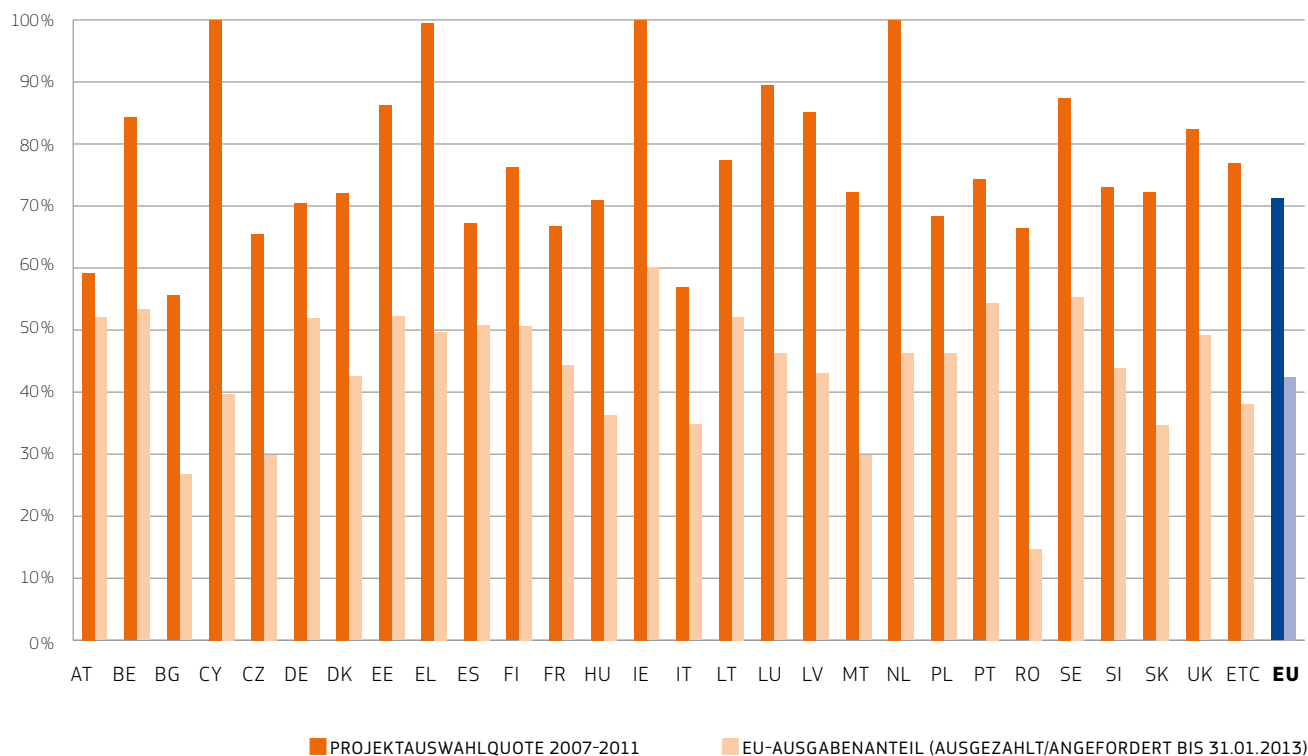
Jeder politische Entscheidungsprozess sollte von fundierten und faktengestützten Entscheidungen geleitet sein. Deshalb begrüßt die Kommission den jüngsten Bericht des Expertennetzes für Bewertungen über die Leistungen der Kohäsionspolitik in den 27 Mitgliedstaaten.

Jedes Jahr wird eine Gruppe unabhängiger Experten für Bewertungen damit beauftragt, die von den einzelnen Mitgliedstaaten berichteten Ergebnisse bei der Durchführung der Programme, die vom EFRE und vom Kohäsionsfonds kofinanziert werden, zu überprüfen. Dieser zusammenfassende

Bericht ist eine Fortschreibung des Berichts von Anfang 2012 und fasst die Entwicklungen bis Ende 2011 bei den Programmen für 2007-2013 zusammen.

▶ MEHR DAZU
 Expertennetz für Bewertungen 2012
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/eval2007/expert_innovation/2012_evalnet_fei_synthesis_final.pdf
 Finanzinstrumente
http://ec.europa.eu/regional_policy/archive/funds/2007/jjj/doc/pdf/cocof_guidance_note3_en.pdf

ALLE EU-FONDS – PROJEKTAUSWAHL (2007-2011) IM VERGLEICH ZU GEMELDETEN ZAHLUNGEN (2007-2013)



Der zusammenfassende Bericht 2012 behandelt sechs Hauptbereiche:

1 ▶ SOZIOÖKONOMISCHE LAGE

Der Bericht beleuchtet die kritische Situation, in der die Programme stattfinden und unterstreicht die schlechte Wirtschaftsleistung der meisten europäischen Länder (mit Ausnahme der baltischen Staaten, Polens und der Slowakei). In der Prognose für 2013 wird bei weiterhin schwachen öffentlichen Finanzen mit einer nur sehr leichten Besserung gerechnet, beeinflusst durch die in vielen Ländern durchgeführten Sparprogramme. Dieses Szenario wird das für den verbleibenden Zeitraum geplante Ausgabentempo wahrscheinlich bremsen.

2 ▶ DER UMFANG DER FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG

Der EFRE und der Kohäsionsfonds haben zusammen für den Zeitraum 2007-2013 ein Volumen von 270 Milliarden EUR. Das entspricht einem Durchschnitt von nur 0,3% des jährlichen BIP der EU, macht aber über ein Drittel (37,7%) der jährlichen staatlichen Investitionsausgaben in den EU-12-Ländern⁽¹⁾ aus. Diese Zahlen unterstreichen die große Bedeutung der EU-Mittel für Entwicklungsausgaben in EU-12-Ländern. Der Bericht zeigt aber auch, dass von den Mitgliedstaaten weniger als die Hälfte der verfügbaren Gesamtmittel in Anspruch genommen worden ist. Dies wirft die Frage auf, ob einige Mitgliedstaaten überhaupt in der Lage sein werden, die in den nächsten drei Jahren verfügbaren Summen in Anspruch zu nehmen. Daher wird in dem Bericht davor gewarnt, dass einigen Ländern⁽²⁾ Mittel verlorengehen könnten. Als Reaktion auf die Schwierigkeiten einiger Mitgliedstaaten hat die EU Verringerungen im Umfang der nationalen Kofinanzierung zugestimmt, während die bereitgestellten EU-Mittel auf dem gleichen Niveau gehalten werden.

(1) EU-12 Länder: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

(2) Bulgarien, Italien und Rumänien.

3 ▶ GEÄNDERTE ZUSAMMENSETZUNG VON INVESTITIONEN

In dem Bericht wird eine beträchtliche Verschiebung in der Verteilung der Mittel festgestellt, die rund 10 % der verfügbaren Gesamtmittel ausmacht. Diese Veränderung hängt mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der meisten Mitgliedstaaten zusammen. In dem Bericht wird hingewiesen auf eine Tendenz zur Umwidmung der Mittel von Maßnahmen wie Unternehmenshilfe und Bereichen mit begrenzter Kofinanzierungsfähigkeit (z. B. lokale Behörden) auf Maßnahmen, die nicht so stark von der Krise beeinflusst sind. Demzufolge wird in den EU-12-Mitgliedstaaten der größte Teil der Mittel für Investitionen in Verkehrsnetze und Umweltinfrastruktur verwendet, während die EU-15-Staaten⁽³⁾ eher zu Investitionen in FTE-Infrastruktur (Forschung und technologische Entwicklung) und Innovation, zu Unternehmensinvestitionen und zu Investitionen in Umweltinfrastruktur tendieren. Als Maßnahme, um KMU aus Finanzierungsschwierigkeiten herauszuhelfen, haben Programme Finanzinstrumente eingeführt: an Unternehmen gerichtete rückzahlbare Investitionen.

4 ▶ FINANZIELLER FORTGANG BEI DER DURCHFÜHRUNG KOHÄSIONSPOLITISCHER PROGRAMME

Dem Bericht zufolge sind Auszahlungen an Mitgliedstaaten die zuverlässigste Quelle im Hinblick auf Daten zum Tempo der Programmdurchführung. Im Vergleich zum vorhergehenden Programmplanungszeitraum (2000-2006) verzeichnet der zusammenfassende Bericht für die EU-15 eine deutliche Verzögerung bei EFRE-Ausgaben: Während sich die Auszahlungen im gegenwärtigen Programmplanungszeitraum auf 46 % des vereinbarten Budgets beliefen, lagen sie in der gleichen Phase des vorhergehenden Zeitraums 10 % höher. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang um 10,8 Milliarden EUR. Die Auszahlungsquote war in den EU-12-Mitgliedstaaten höher (49 %) als in den EU-15-Mitgliedstaaten (45 %), trotz der geringeren Erfahrung der Ersteren in der Strukturfondsverwaltung. Der Bericht bestätigt auch, dass der langsame Anlauf der Programme zu Beginn des Programmplanungszeitraums der Hauptgrund für die Verzögerung war. Aber auch ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse, Probleme im öffentlichen Beschaffungswesen und administrative Verzögerungen haben die anschließende Durchführung verlangsamt.

5 ▶ ERGEBNISSE

Im Bericht wird festgestellt, dass 2011 der Prozentsatz der abgeschlossenen Projekte deutlich zugenommen hat. Die Bewertung der Ergebnisse und Erfolge der Programme ist aber aus zweierlei Gründen schwierig: zum einen wegen der begrenzten Zahl abgeschlossener Programme und der damit verbundenen begrenzten Nachweisbarkeit konkreter Ergebnisse und zum anderen wegen der Mangelhaftigkeit der Informationen in den jährlichen Durchführungsberichten. Folgende Schlussfolgerungen lassen sich ziehen: Programme in Wettbewerbsregionen sind in einer fortgeschritteneren Durchführungsphase als die Programme in Konvergenzregionen. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen (383 000 Vollzeitarbeitsplätze) und der Unterstützung von Unternehmensneugründungen (53 000) wurde ein erheblicher Zuwachs erzielt. Darin manifestiert sich auch eine schneller gewordene Durchführung. Unternehmenshilfeprojekte sind auf FTE und Unternehmensneugründungen ausgerichtet. Es wurden 148 500 Investitionsprojekte von KMU durchgeführt, 14 700 Projekte zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie im Bereich der Forschung finanziert und annähernd 15 000 Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung geschaffen⁽⁴⁾.

6 ▶ BEWERTUNGEN DURCH MITGLIEDSTAATEN

Die durchschnittliche Zahl der Bewertungen lag bei fast 1 pro Programm, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Die meisten Bewertungen (83 %) konzentrierten sich auf die Programmdurchführung und auf Verfahren. Dabei wurden qualitative Methoden stärker angewendet (53 %) als quantitative Methoden (11 %). Die Bewertungen zeigen positive Ergebnisse bei Maßnahmen im Bereich FTE und Innovation (besonders bei der Kontaktpflege und Zusammenarbeit) sowie im Bereich der Unternehmenshilfe. Des Weiteren haben Bewertungen von lokalen Entwicklungsinitiativen ergeben, dass diese die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen staatlichen Ebenen und die Beteiligung lokaler Behörden fördern. Leider ergab der Bericht, dass Erkenntnisse aus Bewertungen größtenteils nur informell und getrennt vom politischen Entscheidungsprozess genutzt werden. Nur die baltischen Staaten haben formelle Verfahren eingerichtet, um sicherzustellen, dass das Überwachungs- und Auswertungssystem in den politischen Entscheidungsprozess einfließt.

Ein Abschlussbericht des Expertennetzes für den Zeitraum 2007-2013 wird Ende 2013 erwartet. Berichte wie dieser helfen der Kommission, den Erwartungen des Rats und des Europäischen Parlaments nachzukommen, die ab 2014 jährliche Berichte über die Ergebnisse der Kohäsionspolitik erhalten möchten. Die faktengestützte Gestaltung der Kohäsionspolitik gewinnt an Boden.

(3) EU-15 Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich.

(4) In den angegebenen Daten gibt es Unterschiede zwischen dem Strategiebericht der Europäischen Kommission und den nationalen Strategieberichten. Das liegt daran, dass bei einigen Mitgliedstaaten Daten der nationalen Strategieberichte aktualisiert wurden.



Gesamtkosten:
12 800 000 EUR
EU-Mittel:
9 800 000 EUR

ZAGREB, KROATIEN

HAUPTBAHNHOF VON ZAGREB

GROSSANGELEGTER AUSBAU ZUM INTERNATIONALEN KNOTENPUNKT

Die kroatische Hauptstadt Zagreb liegt an einem wichtigen Knotenpunkt des transeuropäischen Netzes (TEN). Kroatien ist die Brücke zwischen Nord und Süd. Seine Schienenwege verbinden Mitteleuropa über Salzburg, Zagreb und Belgrad mit Saloniki in Griechenland (TEN-Korridor X). Ein anderer TEN-Korridor verbindet Budapest über Zagreb mit dem Adriahafen Rijeka und ist einer der wichtigsten Bahnkorridore in Kroatien.

Aufgrund des Alters (über 70 Jahre) und schlechten Zustands des Signalsystems auf dieser Strecke ist die Zuggeschwindigkeit im Hauptbahnhof von Zagreb auf 30 km/h beschränkt worden.

Ein von der EU gefördertes Modernisierungsprojekt hat die Erneuerung und Modernisierung der Signal- und Stellwerksanlage im Bereich des Hauptbahnhofs von Zagreb in Angriff genommen. Baumaßnahmen an Gleisen und Bahnsteigen können erst nach Durchführung dieser Arbeiten erfolgen.

Die Modernisierungsarbeiten tragen zum unbehinderten Fluss des internationalen Zugverkehrs durch den Zagreber Hauptbahnhof bei. Außerdem können so die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Signal- und Stellwerksanlagen verbessert und die Instandhaltungskosten gesenkt werden. Gleichzeitig kann die erlaubte Zuggeschwindigkeit angehoben und die Kapazität des Bahnhofs ausgebaut werden.

Nach Abschluss des Projekts können die strikten Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der Strecke aufgehoben werden, die den Fluss des internationalen Zugverkehrs durch den Bahnhof stark behindern. Die Modernisierung wird den 50 000 Berufspendlern, die in Zagreb täglich mit der Bahn fahren, unmittelbare Vorteile bringen.

Das Projekt trägt zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Strecke und zur Erhöhung der fahrbaren Geschwindigkeit bei. Gleichzeitig schafft es Wachstumspotenzial für den nationalen und internationalen Personen- und Güterverkehr (46 % der kroatischen Bahnfracht gehen ins Ausland).

Im Rahmen des Ausbaus werden die Anschlüsse zu den bestehenden Systemen in den benachbarten Bahnhöfen und Streckenabschnitten modernisiert. Diese Modernisierung öffnet den Weg zu einer Reihe von Projekten zur Verbesserung der Bahninfrastruktur und Bahnkorridore in Kroatien. Die Arbeiten sollen bis Ende 2013 abgeschlossen sein.

Kommentar von Zrinka Ivanović Kelemen von Croatian Railways Infrastructure: „Kroatiens Schienenverkehrssystem bildet eine wichtige Brücke im internationalen Schienennetz. Außerdem verbindet es die fruchtbaren landwirtschaftlichen Gebiete des Landes mit den großen Industrie- und Verbraucherzentren Mittelkroatiens. Die wichtigen Modernisierungsarbeiten am Zagreber Hauptbahnhof ermöglichen die weitere Modernisierung des Netzes, die von großem Nutzen für die kroatische Wirtschaft sein wird.“

MEHR DAZU

www.hzinfra.hr/homepage

►POHJOIS-SUOMI, FINNLAND

►GEOPARK ROKUA FÖRDERT TOURISMUS UND BILDUNG

Der Geopark Rokua in Nordfinnland wirft einen Blick zurück in die Eiszeit und stellt eine einzigartige Verbindung von Geologie, Natur und Information über das Leben im frostigen Norden dar.

Der nur 200 km südlich des Polarkreises gelegene Park ist der nördlichste Geopark der Welt. Seine ungewöhnliche Geologie hat in den letzten Jahren eine wachsende Zahl von Besuchern aus aller Welt angezogen.

Seit 2010 ist der Park Teil eines weltweiten Netzes von 91 Geoparks. Die Hälfte davon befindet sich in Europa – darunter ein Park in Island und zwei in Norwegen. Das European Geoparks Network besteht aus 54 europäischen Gebieten, die es sich gemeinsam zur Aufgabe gemacht haben, durch integrierte und nachhaltige Entwicklung ihr geologisches Erbe zu erhalten und zu fördern.

Sie alle sind in der Lage, Erfahrungen und bewährte Praktiken in der Vermittlung der Naturwissenschaften, in der Bewahrung des geologischen Erbes und in der Förderung eines nachhaltigen geologischen Tourismus auszutauschen.

Seit der Gründung des Geoparks 2010 werden verschiedene vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung geförderte Projekte durchgeführt, die darauf abzielen, das Potenzial des Parks voll zu entfalten. Hierzu gehören Projekte zur Förderung der Webpräsenz, der Markenbildung und der Vermarktung des Geoparks. Die letzte Projektrunde bis Ende 2013 umfasst ein Projekt zum Aufbau und zur Feinabstimmung des Betriebsmodells des Geoparks und die Erstellung neuen Lehr- und Informationsmaterials.



Gesamtkosten:
522 350 EUR
EU-Mittel:
261 175 EUR

Der Geopark Rokua erstreckt sich über eine Fläche von 1 326 km². Darin enthalten ist der kleinere, 1956 gegründete Nationalpark Rokua. Charakteristisch für das Gebiet von Rokua sind die dramatischen Geländeformen wie etwa durch die Eiszeit geformte glaziale Höhenrücken. Der Park ist durchzogen von Wanderwegen und Skipisten.

Viele Besucher kommen wegen der Naturwunder. Das Informationszentrum beherbergt eine Ausstellung, die die Entstehung des Geopark-Gebiets beschreibt, sowie Präsentationen zu Geologie, Menschheitsgeschichte, Natur und Gegenwart.

„Die Gründung des Parks hat dem Tourismus in der Region einen kräftigen Impuls gegeben“, erklärt Vesa Krökki, Projektleiterin und Geschäftsführerin des Geoparks Rokua. „Der Park ist zwar schon seit einiger Zeit beliebt, aber heute kommen neben den traditionellen Besuchern aus Finnland, Deutschland und Schweden auch in größerer Zahl Menschen aus aller Welt.“

►MEHR DAZU

<http://www.rokuageopark.fi/de>

▶ SPODNJEPOSAVSKA, SLOWENIEN

▶ ENERGIEEFFIZIENTE RENOVIERUNG EINES SLOWENISCHEN KRANKENHAUSES

Gesamtkosten:
2 041 000 EUR
EU-Mittel:
1 183 000 EUR



Das 1872 errichtete Allgemeinkrankenhaus in Brežice, einer Stadt in Ostslowenien, ist eines der ältesten Krankenhäuser des Landes. Mit seinen 300 Angestellten und über 150 Betten bietet es umfassende medizinische Leistungen für ein Einzugsgebiet mit über 70 000 Einwohnern. Im Rahmen der Antikrisenmaßnahmen der Regierung wurde ihm ein weitreichendes, auf Energieeffizienz ausgerichtetes Kostendämpfungsprogramm verordnet.

Mit Fördermitteln aus dem Kohäsionsfonds der EU wurden an den sechs Hauptgebäuden des Krankenhauskomplexes umfassende, den Energieverbrauch senkende Renovierungen vorgenommen.

Im Rahmen des 2-Millionen-Euro-Programms wurden Decken, Fassaden, Wände und Böden wärmeisoliert und die Dächer saniert. Alle Türen und Fenster wurden ausgetauscht, und überall wurden energiesparende Glühlampen angebracht.

Außerdem wurde eine neue Klimaanlage zur Temperierung und Belüftung in den Operationssälen eingebaut. Warmwasser wird jetzt mit Solarwärme erzeugt.

Ein Teil der Energieversorgung des Krankenhauses wurde auf erneuerbare Energiequellen umgestellt – vor allem Sonnenenergie, aber auch Wärmepumpen, mit denen Energie aus dem Grundwasser gezogen wird.

Das Programm der energetischen Sanierung hatte, zusammen mit früheren Arbeiten wie dem Austausch des Heizungskessels (2006) und der Renovierung der Küche (2008), beachtliche Wirkung. Die Erneuerungsarbeiten haben zu einer Senkung des Gesamtenergieverbrauchs um 41 % im Vergleich zu 2005 geführt. Die Gesamtenergiekosten haben sich um 14 % verringert und machen jetzt nur noch 1,44 % der Gesamtbetriebskosten des Krankenhauses aus.

Außerdem konnte das Krankenhaus die CO₂-Emissionen um 27 % senken, und der Wasserverbrauch ist um 11 % zurückgegangen.

Neben dem niedrigeren Energieverbrauch hat das Krankenhaus jetzt auch eine zuverlässigere Energieversorgung für unterbrechungsfreien Betrieb und hat Umweltbelastungen minimiert.

Mit dem zentralen Energieleitsystem hat das Krankenhaus nun jederzeit Überblick über Energieverbrauch und Leistung.

„Durch die Investitionen in Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energiequellen ist unser Krankenhauskomplex zu einer 100% umweltfreundlichen Einrichtung geworden. Außerdem konnten wir die Betriebskosten wesentlich senken“, bemerkte Drazen Levojevic vom Allgemeinkrankenhaus Brežice.

▶ MEHR DAZU

<http://www.sb-brežice.si/info-deutsch.asp>

►NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]

▼ KONTAKTPFLEGE ÜBER DAS YAMMER- NETZWERK

Würden Sie sich manchmal auch wünschen, es gäbe eine effizientere Möglichkeit, mit Ihren Partnern zusammenzuarbeiten, als lange Besprechungen oder den endlosen Austausch von E-Mails? Könnten Sie Ihre Arbeit besser erledigen, wenn Sie mit anderen, die vor ähnlichen Aufgaben stehen, Erfahrungen austauschen könnten?

RegioNetwork ist eine Online-Community für Personen, die im Bereich der europäischen Regional- und Städtepolitik tätig sind. Die Mitgliedschaft ist kostenlos und ermöglicht Ihnen den Zugang zu zahlreichen Angeboten, die Ihnen bei Ihrer Arbeit helfen:

- ▶ Gruppenzusammenarbeit im Hinblick auf bestimmte Ziele;
- ▶ Bequemes Suchen und Herausfiltern von für Sie relevanten Informationen und Wortwechseln;
- ▶ Austausch von erreichten Ergebnissen und Kontakt mit anderen Fachleuten, die ähnliche Interessen haben;
- ▶ Durchführung von Umfragen, um verschiedene Meinungen oder Möglichkeiten zu testen.



Zu den Fachleuten im Bereich der europäischen Regional- und Städtepolitik, die RegioNetwork bereits verwenden, gehören u. a. die Kommunikationsbeauftragten der Verwaltungsbehörden und die Experten, die die Wirkung der operationellen Programme bewerten.

Melden Sie sich gleich heute bei RegioNetwork an!

►MEHR DAZU

<https://www.yammer.com/regionetwork>



▼ FOTOWETTBEWERB „EUROPA IN MEINER REGION“

Wir wollen hören – und sehen –, wie EU-Gelder bei Ihnen vor Ort eingesetzt werden, und Projekte würdigen, die wirklich etwas in den Gemeinden und Stadtteilen bewirken.

Um teilzunehmen, müssen Sie lediglich ein Foto von einem mit EU-Fördermitteln finanzierten Projekt machen, das Sie kennen oder gesehen haben. Irgendwo auf dem Bild muss ein Hinweisschild oder eine Erinnerungstafel mit Finanzierungshinweisen und der EU-Flagge zu sehen sein.

Wenn Sie Ihr Foto einreichen, können Sie 1 000 EUR für eine Digitalkameraausrüstung und eine Reise für zwei Personen nach Brüssel im Oktober 2013 gewinnen. Einsendeschluss ist der 23. August 2013, 12.00 Uhr mitteleuropäischer Zeit.

Zum diesjährigen Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ können nicht nur Fotos von Projekten eingesendet werden, die durch den EFRE oder Kohäsionsfonds kofinanziert sind, sondern auch von Projekten, die durch andere EU-Fonds gefördert sind. Aus dem Foto muss lediglich die EU-Kofinanzierung hervorgehen.

Wussten Sie, dass jedes Jahr Tausende von Projekten in ganz Europa Regionalförderung von der EU erhalten? Dabei kann es sich um Projekte aus allen möglichen Bereichen handeln: von verbesserten öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zu umweltfreundlicherer Energienutzung oder einem Förderprogramm für kleine Unternehmen. Informieren Sie sich ausführlicher über die Regionalpolitik der EU und andere EU-Finanzhilfen.

►MEHR DAZU

https://www.facebook.com/pages/Europe-in-my-Region-Community/243923382392812?sk=app_386310531430573



Máire Geoghegan-Quinn,
EU-Kommissarin für Forschung,
Innovation und Wissenschaft,
bei der „Woche der innovativen
Regionen in Europa“ in Cork (Irland).

WOCHE DER INNOVATIVEN REGIONEN IN EUROPA

Die vierte Woche der innovativen Regionen in Europa (WIRE) fand vom 5.-7. Juni am University College Cork in Irland statt. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam von Enterprise Ireland und der Europäischen Kommission organisiert und von FP7, dem Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung, unterstützt. Gegenstand der Veranstaltung waren die Regionen und ihre führende Rolle in der Wirtschaft. Schirmherrin der Konferenz, die große Medienbeachtung fand, war die irische EU-Ratspräsidentschaft. 500 Teilnehmer aus 20 Ländern waren gekommen, um sich mit den regionalen Aspekten von Horizont 2020, dem Rahmenprogramm der EU zu Forschung und Innovation, auseinanderzusetzen.

Als Höhepunkt der Veranstaltung gab die EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, Máire Geoghegan-Quinn, die neun Gewinner des European Prize for Innovation in Public Administration (Europäischer Preis für Innovation im öffentlichen Dienst) bekannt. Damit werden die innovativsten, zukunftsweisendsten Initiativen der öffentlichen Hand ausgezeichnet. Die Gewinner kommen aus Kroatien, Spanien, Portugal, der Slowakei, Schweden, Finnland, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden. „Diese Initiativen beweisen, dass Innovation nicht nur in der Wirtschaft stattfindet und dass auch der öffentliche Sektor, der im Durchschnitt die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts der EU ausmacht, Veränderungen aufgeschlossen gegenübersteht“, so die EU-Kommissarin.

►MEHR DAZU
<http://wire2013.eu/>

ZWEITE AUFLAGE DES TAGS DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENAR- BEIT: SEIEN SIE DABEI!



EUROPEAN COOPERATION DAY

Sharing borders, growing closer

Im vergangenen Jahr erreichte der Tag der europäischen Zusammenarbeit Tausende von europäischen Bürgern, die an einer der 281 lokalen Veranstaltungen in 36 Ländern teilnahmen. Aufgrund dieses Erfolgs wird die Kampagne in diesem Jahr erneut durchgeführt. Koordiniert durch das INTERACT-Programm und unterstützt durch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen, sind alle Kooperationsprogramme aufgefordert, Menschen zu würdigen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Im Rahmen der lokalen Veranstaltungen werden die Programme die besten Projektergebnisse des gegenwärtigen Programmplanungszeitraums in einer unterhaltsamen und verständlichen Form präsentieren, um so die territoriale Zusammenarbeit dem Normalbürger näherzubringen. Dieses Jahr dürfen wir uns auf europäische Filmfestivals, Hochschulwettbewerbe, Musikdarbietungen, Lebensmittelverkostungen und vieles mehr freuen! Haupttag der Kampagne ist der 21. September 2013, aber es werden den ganzen September über Veranstaltungen stattfinden. Verfolgen Sie die Kampagne auf Facebook, Twitter oder auf der speziellen Website zur Kampagne, wenn auch Sie dabei sein möchten.

►MEHR DAZU
www.ecday.eu

▶ OPEN DAYS 2013

EUROPÄISCHE REGIONEN UND STÄDTE STARTEN DURCH FÜR 2020

Die OPEN DAYS – das erfolgreiche jährliche Forum, das gemeinsam von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung und dem Ausschuss der Regionen veranstaltet wird – finden in diesem Jahr vom 7. bis 10. Oktober statt und stehen unter dem Motto „Europe’s regions and cities taking off for 2020“ (Europäische Regionen und Städte starten durch für 2020).

Neue Prioritäten – neue Themen

Im Zeitraum 2014-2020 hat die Kohäsionspolitik die Herausforderungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zu bewältigen und muss die Prioritäten der Strategie Europa 2020 erfüllen. Die Stärken der europäischen Regionen und Städte müssen besser genutzt und die Investitionen nachhaltig auf wachstumsfördernde Projekte ausgerichtet werden. Die OPEN DAYS 2013 sollen die Notwendigkeit einer solchen Neuausrichtung und den Schwung vor Beginn des neuen Programmplanungszeitraums widerspiegeln. Daher werden bei der diesjährigen Auflage die folgenden Themen im Mittelpunkt stehen:

- ▶ Gestaltung des Wandels 2014-2020;
- ▶ Synergien und Kooperation;
- ▶ Herausforderungen und Lösungen.

Workshops/Diskussionen: Veranstalter und Inhalt

Die Kommission, der Ausschuss der Regionen, 200 in 25 regionale Partnerschaften gruppierte Regionen sowie andere Partner werden in Brüssel *hundert Workshops/Diskussionen* und zwei damit zusammenhängende Veranstaltungen organisieren. Darüber hinaus werden zwischen September und November in ganz Europa voraussichtlich rund *400 lokale Veranstaltungen* stattfinden.



Jedes Jahr im Oktober besuchen rund 6 000 Teilnehmer bei den OPEN DAYS über 100 Workshops, Diskussionen, Ausstellungen und Veranstaltungen zur Kontaktpflege.

- ▶ **Gestaltung des Wandels 2014-2020:** Arbeitssitzungen zu diesem Thema werden hauptsächlich von Sachverständigen der Kommission organisiert und den neuen Besonderheiten des Programmplanungszeitraums 2014-2020 wie etwa dem *Leistungsrahmen* oder den *gemeinsamen Aktionsplänen* gewidmet sein.
- ▶ **Synergien und Kooperation:** Workshops/Diskussionen werden sich damit beschäftigen, wie sich Politikmaßnahmen und Geldmittel auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene synergetisch verbinden lassen.
- ▶ **Herausforderungen und Lösungen:** Bei den Arbeitssitzungen zu dem populärsten der drei Themen werden Gedanken über praktische Lösungen für weit verbreitete Herausforderungen der Regionen und Städte wie *Jugendarbeitslosigkeit*, *demografischer Wandel* und *Mobilität* ausgetauscht werden.

Zwei Spezialveranstaltungen zum dritten Thema werden den Blick über die Grenzen der EU hinausrichten und sich mit der regionalpolitischen Zusammenarbeit zwischen der EU und der internationalen Wirtschaft beschäftigen: *das achte hochrangige Seminar der EU und Chinas zur Regionalpolitik* und der *„EU-Japan programme exchange on sustainable urban development“* (Programmaustausch zwischen der EU und Japan zur nachhaltigen Stadtentwicklung).



OPEN-DAYS-Universität und „Master Class Programme“ (Meisterklassenprogramm)

Die von der Kommission und der Regional Studies Association organisierte OPEN-DAYS-Universität stellt neue Untersuchungen zur Regional- und Stadtentwicklung vor. Sie ermöglicht Wissenschaftlern und Praktikern, Meinungen auszutauschen und neue wissenschaftliche Konzepte zu untersuchen. Acht Workshops der OPEN-DAYS-Universität werden sich mit der dritten thematischen Priorität beschäftigen und sich Themen wie Städtefragen, Regierungsführung und Innovationspolitik zuwenden.

Einer der Höhepunkte der OPEN DAYS 2013 wird das erstmals stattfindende *Master Class Programme* sein. Daran nehmen bis zu 75 Studierende und Jungwissenschaftler aus EU- und Nicht-EU-Staaten im Bereich der Regionalpolitik teil. Für sie wird ein spezielles Programm mit renommierten Wissenschaftlern vorbereitet. Zur Eröffnungssitzung, bei der die Gründe für die aktuelle Reform der Regionalpolitik und die Ergebnisse dieser Reform sowie ihre Zukunft nach 2020 dargelegt werden, können sich alle Teilnehmer an den OPEN DAYS anmelden.

Ausstellung „100 EUrban solutions“ (100 Eurbane Konzepte)

Es ist eine Ausstellung der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung mit dem Titel „100 EUrban solutions“ in den Räumen des Ausschusses der Regionen und zahlreicher

PRAKTISCHE INFORMATIONEN

ERÖFFNUNG DER ONLINE-ANMELDUNG

8. Juli 2013

ANSPRECHPARTNER

Europäische Kommission – regio-opendays@ec.europa.eu
Ausschuss der Regionen – opendays@cor.europa.eu

VERFOLGEN SIE UNS IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Auf Twitter folgen Sie [@EU_Regional](#) und [@EU_CoR](#)

mit dem Hashtag [#euopendays](#)

Flickr: <http://www.flickr.com/photos/opendays/>

regionaler Partner sowie im Außenbereich geplant. Die Ausstellung zeigt anregende Stadtentwicklungsprojekte aus der gesamten EU. Informationen zur Ausstellung finden Sie auf einer speziell hierfür eingerichteten Website, die ab Mitte 2013 verfügbar ist.

►MEHR DAZU

Website der OPEN DAYS 2013:
www.opendays.europa.eu

Regional Studies Association:
<http://www.regionalstudies.org/news/article/open-days-2013>

▶ ORDNUNGSGEMÄSSE VERWENDUNG VON EU-MITTELN

EIN BLICK AUF DAS PRÜFVERFAHREN



Etwa ein Drittel des EU-Budgets entfällt auf die Kohäsionspolitik – ungefähr 350 Milliarden EUR im Zeitraum 2007-2013. Die meisten dieser Mittel werden im Rahmen der Regionalpolitik bereitgestellt. Ein gemeinsames Prüfverfahren der Europäischen Kommission und der nationalen Behörden soll sicherstellen, dass die Mittel ordnungsgemäß verwendet werden. Damit wurden in den vergangenen Jahren sehr beachtliche Ergebnisse erzielt.

Einer der entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Kohäsionspolitik ist ihr dezentrales Konzept und das Projektmanagement auf der regionalen und lokalen Ebene, wo die Politik am wirksamsten sein kann.

Dieses Konzept hilft den Mitgliedstaaten, EU-Fördermittel effektiv einzusetzen und Ungleichheiten in der regionalen und sozialen Entwicklung abzubauen. Es führt aber auch dazu, dass mehr Institutionen beteiligt sind und die Kontrollkette länger wird. Deshalb müssen wirksame Kontrollsysteme eingerichtet und ständig überprüft werden.

Primär auf nationaler Ebene, aber auch auf EU-Ebene überwachen die Prüfteams die Ausgabenprogramme und stellen sicher, dass die Gelder ordnungs- und vorschriftsgemäß ausgegeben werden.

Gemeinsame Verantwortung

Die Ausgaben im Rahmen der Kohäsionspolitik werden in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den 27 Mitgliedstaaten in einem System der „geteilten Mittelverwaltung“ verwaltet. Die Verwaltung und die Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Gelder teilen sich die beiden Beteiligten.

Ein wesentliches Element der Förderung in der Kohäsionspolitik ist ihr dezentraler Charakter: Die Mitgliedstaaten und Regionen entscheiden maßgeblich darüber, wie die Gelder verwendet werden sollen, und sind für die ordnungsgemäße Verwaltung der Mittel verantwortlich.

Wesentlich für den Erfolg dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist die gute Schulung und Beratung durch

BESCHAFFUNGSWESEN UND FÖRDERFÄHIGKEIT – FEHLERKALKULATION IN PROGRAMMEN DES EFRE UND DES KOHÄSIONSFONDS

Jede Verletzung von Vorschriften bei der Verwendung von Mitteln der Kohäsionspolitik stellt einen Fehler dar. Das bedeutet aber nicht, dass Mittel verschwunden, verloren gegangen oder verschwendet sind. Ein Fehler ist nicht gleichbedeutend mit Betrug.

Bei Fehlern handelt es sich im Wesentlichen um unbeabsichtigtes Fehlverhalten. Dagegen bedeutet Betrug vorsätzliche Täuschung. Nur bei einem äußerst geringen Prozentsatz der Mittel für die Kohäsionspolitik (0,26% im Zeitraum 2000-2006) hat Betrugsverdacht bestanden.

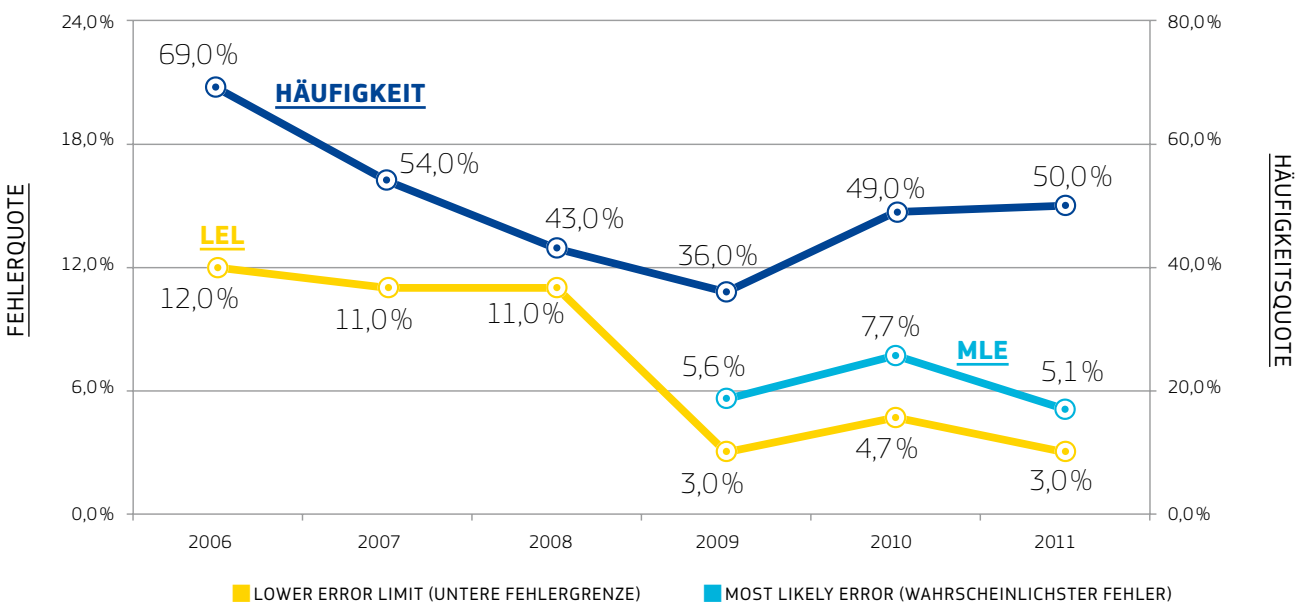
Beim EFRE und beim Kohäsionsfonds sind Fehler überwiegend in den Bereichen öffentliche Beschaffung und Förderfähigkeit zu finden. Den Jahresberichten des Europäischen Rechnungshofs zufolge verteilen sich die Fehler wie folgt:

- ▶ öffentliches Beschaffungswesen: 44% der quantifizierten Fehler 2011 (40% im Durchschnitt 2006-2010);
- ▶ Förderfähigkeit: 56% der quantifizierten Fehler 2011 (60% im Durchschnitt 2006-2010).

Typische Fehler im Zusammenhang mit dem Ausgeben von Geldern des EFRE und des Kohäsionsfonds sind:

- ▶ im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens die inadäquate Bewertung von Angeboten, das Fehlen von Ausschreibungen oder die Anwendung ungeeigneter Ausschreibungsverfahren;
- ▶ im Bereich der Förderfähigkeit die unzweckmäßige Projektauswahl oder die Angabe nicht förderfähiger Kosten, einschließlich Kostenaufwendungen vor der Aufnahme eines Projekts in kofinanzierte Programme („rückwirkende Projekte“).

▶ Ergebnisse für die Kohäsionspolitik 2006-2011 (EFRE, Kohäsionsfonds, ESF) gemäß den Berichten des Rechnungshofs



Sachverständige der Kommission, damit alle an den Förderprogrammen Beteiligten die geltenden Vorschriften genau verstehen. Außerdem muss es wirksame Kontrollen geben, um Unregelmäßigkeiten erkennen und korrigieren zu können und Betrugsversuche zu verhindern.

Systemimmanentes Risiko

Da die Programme von einer Vielzahl von Organisationen durchgeführt werden und eine große Zahl unterschiedlichster Projekte umfassen, besteht ein systemimmanentes Risiko, dass Fehler gemacht werden.

Die Prüf- und Kontrollfunktion ist ein wesentliches Element im Finanzierungsprozess. Sie sorgt dafür, dass Fehler frühzeitig festgestellt werden. Wenn Fehler gefunden werden, werden sie korrigiert, und das EU-Budget wird gesichert.

Die Mitgliedstaaten haben Verwaltungs- und Kontrollsysteme eingerichtet, um die Einhaltung der Fördervorschriften und die Realisierung der politischen Ziele des jeweiligen Programms zu erreichen.

Dem Europäischen Rechnungshof zufolge (siehe Textkasten) konnte die Kommission die Fehlerquote 2011 im Vergleich zum vorhergehenden Programmplanungszeitraum ▶▶



„Die Kommission ist für die Umsetzung des EU-Budgets zuständig. Strukturfonds-Programme werden im Rahmen eines Systems der geteilten Mittelverwaltung durchgeführt. Dabei muss die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet werden.“

Jedes Jahr führt unser aus 50 Prüfern bestehendes Team etwa 90 Prüfungen durch. Die Unterstützung, die wir nationalen Prüfteams in Sachen Schulung und Beratung leisten, wird unseres Erachtens sehr geschätzt.

Bei der Tagung der europäischen Finanzkontrolleure im vergangenen Jahr in Vilnius, an der alle Prüfbehörden teilnahmen, wies der Europäische Rechnungshof darauf hin, dass die Reaktionen der Prüfbehörden zeigten, dass wir ein positives Verhältnis und eine gute Zusammenarbeit mit unseren Kollegen in den Mitgliedstaaten aufgebaut haben, um sicherzustellen, dass das Geld der Steuerzahler ordnungsgemäß und effizient eingesetzt wird.“

Lena Andersson Pench – Leiterin des Referats Audit bei der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission

» (2006-2008) erheblich reduzieren, und es werden weiterhin Anstrengungen unternommen, die gute Entwicklung fortzusetzen. Die bisherigen Ergebnisse sind u. a. der engen Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Prüfbehörden zu verdanken. Damit sollen Probleme bereits auf nationaler Ebene frühzeitig erkannt und gelöst werden. Außerdem wurden Maßnahmen im Hinblick auf die risikoreichsten Programme und/oder Mitgliedstaaten ergriffen, und die Kommission verfolgte eine strikte Linie hinsichtlich der systematischen Anwendung von Zahlungsunterbrechungen und -aussetzungen. Nötigenfalls wurden auch Finanzkorrekturen vorgenommen.

Die Fehlerquote auf null zu reduzieren ist wahrscheinlich ein unrealistisches Ziel oder in der Praxis in administrativer Hinsicht zu teuer. Sobald eine Unregelmäßigkeit festgestellt wird, wendet die Kommission aber einen „Null-Toleranz“-Ansatz an.

Auswahl der Prüfungsaufgaben aufgrund der Risikobewertung

Angesichts von 27 nationalen Verwaltungen (nach dem Beitritt Kroatiens demnächst sogar 28), unendlich vielen Projekten und zahlreichen regionalen und lokalen Verwaltungsebenen muss das Prüfteam der Europäischen Kommission in Brüssel sorgfältig auswählen, worauf es seine Zeit und personellen Ressourcen konzentriert. Diese Auswahl erfolgt auf der Grundlage eines Risikobewertungsverfahrens.

Dieses Verfahren wird von jeder Kommissionsdienststelle durchgeführt, die mit den Strukturfonds zu tun hat. Dabei werden die risikoreichsten Programme und Regionen ermittelt, auf die die Personalressourcen konzentriert werden sollen. Hierbei werden auch nationale Prüfstrategien, Kapazitäten und Ergebnisse berücksichtigt.

Wie weiter oben dargelegt, wissen wir aus Erfahrung, dass die meisten Fehler in den Bereichen öffentliche Beschaffung und Förderfähigkeit zu finden sind. Diesen Bereichen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Begrenzte Personalressourcen

Da die personellen Ressourcen der Kommission begrenzt sind, ist es wichtig, selektiv vorzugehen. Allein im Bereich der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung gibt es im Zeitraum 2007-2013 317 operationelle Programme, und die Generaldirektion hat nur 50 Prüfer für die regionalpolitischen Aktivitäten der Strukturfonds zur Verfügung. Außerdem werden beträchtliche Personalressourcen für Koordinierung, bereichsübergreifende Fragen, die Beziehungen zum Europäischen Rechnungshof, rechtliche Fragen, Zahlungsunterbrechungsverfahren/Verfahren zur Einleitung der Zahlungsaussetzung und das Entlastungsverfahren benötigt.

Prüfung in der Praxis

Da die Förderprogramme mehrjährig sind (2007-2013), werden vor, während und nach der Geldausgabe, die sich über mehrere Jahre erstreckt, Kontrollen und Prüfungen durchgeführt.

Die Anwendung einer selektiven „risikobasierten“ Prüfstrategie, kombiniert mit der Schulung nationaler Prüfteams, hat sich als effizient und wirkungsvoll erwiesen.

Neben anderen Arten von Prüfungen haben die Prüfer der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012 über 160 Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt, um die Zuverlässigkeit der Prüfarbeit der nationalen Prüfbehörden zu kontrollieren. Die Arbeit Seite an

Seite mit nationalen Prüfteams trägt auch erheblich zur Verbesserung von deren Verständnis, zum Kapazitätsaufbau bei den betreffenden Prüfbehörden sowie zu einer erheblichen Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit und der Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse bei (siehe nächster Absatz).

Durch dieses Verfahren wird die Kompetenz auf nationaler Ebene gestärkt. Dies wiederum trägt mittelfristig zur Verringerung von Fehlern bei.

Hauptakteure im Verwaltungs- und Kontrollsystem

Die Programmverwaltungsbehörden auf nationaler bzw. regionaler Ebene stellen die erste Kontrollebene dar und haben die Hauptverantwortung für die effektive und korrekte Durchführung des Programms.

Diese Behörden müssen die Leistungsempfänger darüber informieren, wie sie die Fördervoraussetzungen erfüllen, und interne Kontrollen einrichten, die zeigen, ob die von den Leistungsempfängern vorgelegten Ausgaben in Ordnung sind.

Außerdem müssen diese Behörden an vorderster Linie die Durchführung der Programme überwachen, Dokumente wie z. B. Rechnungslisten und Berichte zu Zahlungsansprüchen von Projektträgern prüfen und der Kommission jährliche Leistungsberichte übersenden.

Die zweite Hauptkontrollebene in den Mitgliedstaaten ist die Bescheinigungsbehörde. Sie muss der Kommission bescheinigen, dass die zur Erstattung deklarierten Ausgaben stimmen und den anwendbaren nationalen und EU-Vorschriften genügen.

Die Prüfbehörde eines operationellen Programms muss insbesondere sicherstellen, dass Prüfungen durchgeführt werden, mit denen das effektive Funktionieren des Verwaltungs- und Kontrollsystems des operationellen Programms verifiziert wird, und dass anhand einer geeigneten Stichprobe Prüfungen von Vorhaben durchgeführt werden, um die deklarierten Ausgaben zu überprüfen.

Auf der nächsten Ebene prüfen EU-Instanzen das allgemeine Funktionieren nationaler Kontrollsysteme. Prüfungen können aber ineffektive Kontrollen der ersten Ebene oder mangelnde Überprüfungen vor der Ausgabenbescheinigung nicht wettmachen. Deswegen ist die Arbeit auf nationaler Ebene so wichtig.

Konzept der „einzigsten Prüfung“: auf die nationalen Prüfungen vertrauen

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat zwischen 2009 und 2012 erhebliche Ressourcen für eine Untersuchung zur Bewertung der Zuverlässigkeit von 41 nationalen Prüfbehörden eingesetzt, die für die Prüfung von über 96 % der EFRE-Fördermittel verantwortlich sind.

Wenn die Kommission weiß, wo die nationalen Verwaltungs- und Kontrollsysteme effektiv funktionieren, kann sie ihre relativ begrenzten Prüfressourcen gezielt dort einsetzen, wo es Not tut.

Die vorgenannte Bewertung ergab, dass 51 Programme unter der Zuständigkeit von 15 dieser Prüfbehörden den erforderlichen Standards entsprachen und daher als Programme mit niedriger Prüfpriorität eingestuft werden konnten. Infolgedessen hat die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung entsprechend den EG-Verordnungen – Artikel 73 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 – für diese Programme das Konzept der „einzigsten Prüfung“ vollumfänglich angewendet.

Die Entscheidung, sich auf das Prüfungsurteil der nationalen Prüfbehörden zu verlassen, hindert die Kommission nicht daran, bei diesen Programmen zu einem späteren Zeitpunkt Vor-Ort-Prüfungen durchzuführen.

Das Prüfverfahren der Generaldirektion hat eindeutig zu einer wesentlichen Verbesserung in der Arbeit der Prüfbehörden geführt und damit das Kontrollrisiko der untersuchten Prüfbehörden deutlich gesenkt. Dies zeigen die niedriger gewordenen Fehlerquoten.

Außerdem mussten einige Prüfbehörden aufgrund dieser Prüfungsempfehlungen bestimmte bekannte Risikobereiche, wie etwa das öffentliche Beschaffungswesen, Finanzinstrumente und staatliche Beihilfen, besser abdecken.

Die Kommission hat für die Prüfbehörden spezifische Leitlinien, wie thematische Checklisten oder Prüfungsrahmen (Systemprüfungen, Finanzinstrumente), bereitgestellt, die zur Harmonisierung der in diesen Hochrisikobereichen angewendeten Prüfmethoden beitragen.

Interne Prüfressourcen teilen

Um die Prüfressourcen der Kommission optimal einzusetzen, werden das Know-how und die Erfahrungen aus anderen Förderbereichen, wie etwa Beschäftigung und Fischerei (Generaldirektionen Beschäftigung, Soziales und Integration sowie Maritime Angelegenheiten und Fischerei), durch engere Kooperation gebündelt.

Damit sollen die Synergien zwischen Prüfteams durch Teilen von Risikobewertungen, Prüfprogrammen und Prüfressourcen verstärkt werden. Dies wird zu geteilter Prüftätigkeit in ausgewählten Bereichen führen.

Ergreifung von Maßnahmen: das „Interruptions Committee“ (Ausschuss für Zahlungsunterbrechungen)

Wo Probleme festgestellt werden, verfügt die Kommission über ein abgestuftes Spektrum von Maßnahmen, die sie zum Schutz von EU-Mitteln ergreifen kann. ▶▶

BEISPIELE FÜR DIE ARTEN VON BETRUGS-FÄLLEN, DIE BEI DEN STRUKTURFONDS FESTGESTELLT WURDEN

- ▶ „Falsche Angaben oder falsche Dokumente“: falsche oder gefälschte Dokumente oder Fehlen von Belegen.
- ▶ „Doppelförderung“: vorsätzlich Ausgaben mit zwei Fonds gleichzeitig abrechnen.
- ▶ Interessenkonflikt – ein nicht offengelegtes finanzielles Interesse an einem Vorhaben oder Auftrag.
- ▶ Verletzung von Vorschriften im Bereich der öffentlichen Beschaffung: Projekte, die bewusst unter Nichtbeachtung von nationalen und EU-Vorschriften vergeben werden.
- ▶ Nicht entsprechend den Vorschriften umgesetzte, abgeschlossene oder durchgeführte Maßnahmen.



Diese Maßnahmen reichen von Mahnschreiben bis hin zur Aussetzung von Zahlungen und gegebenenfalls Auferlegung von Finanzkorrekturen.

Die Maßnahmen werden vom internen „Interruptions Committee“ für Angelegenheiten der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung wöchentlich überwacht. Dieser Ausschuss kann in allen Fällen schnell und konsequent handeln, unabhängig davon, ob das Problem von den Prüfern der Kommission oder der Mitgliedstaaten festgestellt wurde. Der Ausschuss überwacht laufende Fälle, befasst sich mit Problemfällen und sorgt dafür, dass rechtzeitig Entscheidungen getroffen werden. Er gewährleistet eine Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten.

2012 waren 136 Programme von den Entscheidungen des Ausschusses betroffen. In Bezug auf diese Programme erfolgten 189 Mahnschreiben oder Zahlungsunterbrechungen. Es wurden 66 Schreiben zur Einleitung der Zahlungsaussetzung herausgegeben. Das bedeutet, dass die betreffenden Programme nur noch einen Schritt von einer förmlichen Aussetzungsentscheidung entfernt waren. Von den 189 Mahnschreiben oder Zahlungsunterbrechungen wurden 119 Fälle bis Ende des Jahres gelöst. Zwei Aussetzungsentscheidungen wurden 2012 angenommen.

Wie bereits erwähnt, ist die feste Linie in Sachen Zahlungsunterbrechungen ein entscheidender Faktor zur Reduzierung der Fehlerquote in der Regionalpolitik.

Neue Mitgliedstaaten

Es ist wichtig, neuen Mitgliedstaaten die fachlichen Kompetenzen und die Fähigkeit zur ordnungsgemäßen Durchführung von Ausgaben- und Prüftätigkeiten zu vermitteln. In diesem Bereich ist ein Kapazitätsaufbau erforderlich, und wie beim bevorstehenden Beitritt Kroatiens arbeitet die Kommission eng mit nationalen Prüfteams zusammen, um sie umfassend mit den Verfahren vertraut zu machen.

2014-2020 – ein verbessertes Umsetzungsverfahren

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 möchte die Kommission die Zahl der beteiligten Behörden reduzieren. Es wird vorgeschlagen, den Mitgliedstaaten eine noch größere Verantwortung und Rechenschaftspflicht für die ordnungsgemäße Verwendung von Fördermitteln zu übertragen.

Die Kommission wird weiterhin den Prüfungen der besser funktionierenden nationalen Behörden vertrauen und ihre eigenen Prüfmaßnahmen auf die nicht so gut funktionierenden nationalen Behörden konzentrieren.

Wenn Probleme festgestellt werden, wird die Kommission gegebenenfalls weiterhin Zahlungen unterbrechen und korrigieren und bis zur Klärung durch die jährlichen Programmberichte Zwischenzahlungen in Höhe von 10% einbehalten.

Außerdem werden die elektronische Datenverwaltung auf allen Ebenen und die verstärkte Anwendung vereinfachter Kosten den Verwaltungsaufwand für die Leistungsempfänger erheblich reduzieren und zur Verringerung der Fehler beitragen.

Betrugsprävention in der Kohäsionspolitik

Es ist wichtig, dass die Verwaltungsbehörden Betrugsrisiken im Rahmen von Risikobewertungen und Präventions-, Erkennungs- und Korrekturmaßnahmen adäquat behandeln.

Betrug findet seinem Wesen nach heimlich und im Verborgenen statt und kann dadurch unter Umständen unerkannt oder unangezeigt bleiben. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben ist sein Umfang gering, und durch die immer effizienter werdenden Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen wird er in Schach gehalten. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten zu „null Toleranz“ gegenüber Betrug auf.

Nach den derzeitigen Bestimmungen müssen die Mitgliedstaaten Unregelmäßigkeiten von mehr als 10000 EUR bei EU-Mitteln in vierteljährlichen Abständen dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) melden und Betrugsverdachtsfälle angeben.

Außerdem müssen die Mitgliedstaaten der Kommission einmal im Jahr Gesamtzahlen über alle im vorangegangenen Jahr vorgenommenen Korrekturen vorlegen, auch solche, die unter der Meldeschwelle für OLAF liegen.

Betrugsindikatoren

Die Kommission hat eine Reihe von Betrugsindikatoren erarbeitet, die anzeigen, wo die Gefahr von Unregelmäßigkeiten oder Betrugsverdacht besteht. Es werden rund 20 Arten verbreiteter und immer wiederkehrender Betrugsmuster angeführt. Diese betreffen die Bereiche Auftragsvergabe und öffentliche Beschaffung, Arbeitskosten und Beratungsleistungen.

So kann beispielsweise eine Beschaffungsmaßnahme in mehrere Segmente aufgeteilt werden, um die vorgeschriebenen Schwellen für öffentliche Ausschreibungen zu umgehen. Ein weiterer Indikator könnte vorliegen, wenn der für die Auftragsvergabe zuständige Mitarbeiter ein Nebeninteresse an einem kofinanzierten Vorhaben hat. Dies kann zu einem Interessenkonflikt führen.

Risikobewertung

Auf der Grundlage von Risikobewertungen hat OLAF eine Methode zur Bewertung des Betrugsrisikos entwickelt. Durch diese Bewertung konnten nationale Behörden und OLAF mehrere Betrugsverdachtsfälle erkennen und Ermittlungen einleiten.

Unterstützung für die Mitgliedstaaten bei ihren Maßnahmen zur Betrugsprävention und Betrugserkennung

Die Kommission bietet den Verwaltungsbehörden ab 2013 ein von ihr entwickeltes und auf freiwilliger Basis einsetzbares Datamining-Instrument mit dem Namen ARACHNE an, um Projekte zu erkennen, bei denen Betrugsrisiken bestehen könnten. ARACHNE ist ein Instrument zur Risikobeurteilung, das Projektauswahl und Verwaltungsprüfungen effizienter gestalten und Betrugsprävention und -erkennung weiter verbessern kann. Das Instrument wird 2013 sukzessive eingeführt.

Gemeinsame Betrugsbekämpfungsstrategie

Die Kommissionsdienststellen für Regionalpolitik, Beschäftigung und Fischerei (GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, GD Beschäftigung, Soziales und Integration sowie GD Maritime Angelegenheiten und Fischerei) spielen eine wichtige Rolle beim Schutz der EU vor möglichem Betrug und haben eine gemeinsame Betrugsbekämpfungsstrategie erarbeitet.

Diese Strategie ist auf Betrugsprävention fokussiert, behandelt aber auch andere Aspekte im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes, der für eine erfolgreiche Betrugsbekämpfung erforderlich ist. Die Strategie umfasst die Bündelung aller Ressourcen und einen Aktionsplan mit operativen Maßnahmen.

Das strategische Ziel des gemeinsamen Plans ist eine stärkere Betrugsrisikobewertung und Sensibilisierung für Betrugsfälle. Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten Orientierung und Unterstützung erhalten.

Die Verbindung dieser Analyse mit den praktischen Erfahrungen von OLAF führt zu wertvollen Informationen, die den für die Verwaltung der EU-Fonds zuständigen Behörden hilft, Betrugsfällen vorzubeugen und Betrug zu erkennen.

Es wird anerkannt, dass profilierte Untersuchungen im Hinblick auf mögliche Betrugshandlungen abschreckend auf Betrüger wirken. Und Betrüger die Gelegenheit zum Betrug zu nehmen ist die kostengünstigste Methode, Betrugsfolgen für die Gesellschaft zu mindern.



►MEHR DAZU

In 22 Sprachen verfügbar

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/audit2009/audit2009_de.pdf

▶ EIN BALANCEAKT

BEIHILFENKONTROLLE UND REGIONALPOLITIK



Entwicklung am Frankfurter Flughafen (Deutschland).

Die EU-Regelungen für staatliche Beihilfen werden derzeit umfassend überarbeitet. Bis Ende 2013 werden fast alle Vorschriften, Leitlinien und Rahmen für staatliche Beihilfen durch neue Regelungen mit gemeinsamen Vereinbarkeitskriterien ersetzt. Diese Modernisierung im Bereich der Beihilfen bietet die Gelegenheit, Beihilferegelungen und die Kohäsionspolitik weiter anzugleichen und die Vorschriften zu vereinfachen. Die neuen Rechtsvorschriften müssen die richtige Balance zwischen der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung einerseits und der Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen andererseits finden.

Kofinanzierte Projekte unterliegen Regelungen für staatliche Beihilfen

Es ist ein Hauptmerkmal der EU-Regionalpolitik, dass die Mitgliedstaaten und/oder regionalen Behörden die Finanzierungsprojekte auswählen, die den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in ihrem Zuständigkeitsbereich fördern. EU-Fördermittel werden den Mitgliedstaaten unter geteilter Verwaltung zur Verfügung gestellt. Deshalb werden diese Mittel unter dem Beihilfegesichtspunkt wie nationale Mittel behandelt. Infolgedessen müssen kofinanzierte Projekte den Regelungen für staatliche Beihilfen entsprechen.

Bei der Gestaltung von Programmen und Projekten müssen die Mitgliedstaaten beachten, dass die Durchführung den Regelungen für staatlichen Beihilfen unterliegt.

Ziele der Modernisierung staatlicher Beihilfen

Vor dem Hintergrund der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung hat der laufende Prozess zur Modernisierung staatlicher Beihilfen zum Ziel, gut durchdachte und gezielte Unterstützung bei Versagen des Markts und im Hinblick auf Ziele von gemeinsamem europäischem Interesse zu fördern, sich bei der Durchführung auf Fälle mit der größten Wirkung für den Binnenmarkt zu konzentrieren, Beihilferegelungen zu vereinfachen und den Entscheidungsprozess zu beschleunigen.

Hierzu sollen in allen Vorschriften, Leitlinien und Rahmen für staatliche Beihilfen gemeinsame Grundsätze im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beihilfen eingeführt werden. Die gemeinsamen Grundsätze umfassen Prüfungen, die sicherstellen bzw. verifizieren sollen, dass:

- ▶ die Beihilfe der Förderung eines gemeinschaftlichen Ziels dient;
- ▶ nachgewiesenermaßen ein Versagen des Marktes vorliegt;
- ▶ die Beihilfe eine wirkliche Anreizwirkung hat;
- ▶ die Beihilfe auf das notwendige Maß begrenzt ist; und
- ▶ das geeignetste Beihilfeinstrument gewählt wird.

Überarbeitung der Leitlinien für Regionalbeihilfen

Für die Umsetzung der Regionalpolitik sind alle Bereiche der Gesetzgebung zu staatlichen Beihilfen relevant. Es steht aber außer Zweifel, dass Leitlinien für Regionalbeihilfen

besondere Bedeutung zukommt. Denn darin sind die Regeln festgelegt, anhand deren staatliche Beihilfen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und benachteiligter Regionen bewertet werden.

Die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission hat einen ersten Entwurf der neuen Leitlinien für Regionalbeihilfen veröffentlicht. Die Verabschiedung soll im Sommer 2013 erfolgen. Die neuen Regelungen sollen 2014 in Kraft treten.

Der Entwurf der Leitlinien für Regionalbeihilfen enthält für kohäsionspolitische Maßnahmen eine Reihe von Vereinfachungen gegenüber den Vorschriften für andere Regionalbeihilfen. Insbesondere wird anerkannt, dass die im Zusammenhang mit den europäischen Fonds definierten Regionalentwicklungsstrategien zu einem gemeinsamen Ziel beitragen. Außerdem wird im Hinblick auf Fördergebiete davon ausgegangen, dass ein Versagen des Marktes vorliegt. Des Weiteren sieht der Entwurf vor, dass keine zusätzlichen Prüfungen hinsichtlich der Angemessenheit eines Beihilfeinstruments erforderlich sind, wenn die Beihilfe/das Projekt Teil der Durchführung eines operationellen Programms ist.

Berücksichtigung der Besonderheiten der Europäischen territorialen Zusammenarbeit

Die Europäische territoriale Zusammenarbeit ist eines der kohäsionspolitischen Ziele. Damit soll die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit gestärkt werden. Eine Besonderheit der Europäischen territorialen Zusammenarbeit besteht darin, dass Partner aus mindestens zwei Staaten beteiligt sind. Dies führt für die Programme zu einer Reihe von praktischen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beihilfen.

Deshalb wird begrüßt, dass in den vorgeschlagenen neuen Leitlinien für Regionalbeihilfen versucht wird, diesen Schwierigkeiten durch Festlegung einer gemeinsamen Beihilfeobergrenze für Projekte Rechnung zu tragen. Damit können Programme für alle Partner eines Projekts der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (einschließlich Wirtschaftsunternehmen) einheitliche Beihilfeintensitäten festlegen.

Die neue allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

Die Überarbeitung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ist ein weiterer wichtiger Teil der Modernisierung der staatlichen Beihilfen. Die Verordnung ist ein wichtiges Mittel zur vereinfachten Anwendung von Beihilferegulungen. Denn die Projektförderung braucht nicht im Rahmen der Genehmigung staatlicher Beihilfen gemeldet zu werden, sofern sie den Vorschriften der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung entspricht.

Die Kommission hat unlängst einen ersten Entwurf der neuen Gruppenfreistellungsverordnung veröffentlicht.

Die neue Gruppenfreistellungsverordnung soll 2013 oder Anfang 2014 verabschiedet werden.

Ein neuer Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Der Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation ist von großer Relevanz für die wirksame Umsetzung der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Insbesondere die Ziele der Kommission für die Unterstützung von Strategien zur intelligenten Spezialisierung (einschließlich etwaiger Schlüsseltechnologien) werden innerhalb der Grenzen dieses Rahmens umgesetzt. Daher ist es angebracht, anlässlich der Modernisierung der staatlichen Beihilfen wirksame Mittel zur Umsetzung von Schlüsseltechnologien sowie Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten zu prüfen.

Die Generaldirektion Wettbewerb hat ein Themenpapier mit Überlegungen zur Reform des Beihilferahmens für Forschung, Entwicklung und Innovation veröffentlicht. Ein erster Entwurf des neuen Beihilferahmens soll im Sommer 2013 vorliegen.

Die Situation bei Infrastrukturprojekten

Der Europäische Gerichtshof hat bestätigt, dass die Förderung für Infrastrukturbaumaßnahmen der Beihilfenkontrolle unterliegt, wenn die Infrastruktur für wirtschaftliche Zwecke genutzt wird. Dementsprechend muss bei sehr vielen Infrastrukturprojekten die Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen geprüft werden.

Die Kommissionsdienststellen sind sich dessen bewusst, dass die Überprüfung von Infrastrukturprojekten rationalisiert und vereinfacht werden muss. Sog. Analyseraster können den Verwaltungsbehörden beurteilen helfen, ob ein Infrastrukturprojekt im Rahmen der Genehmigung staatlicher Beihilfen gemeldet werden muss. Außerdem ist davon auszugehen, dass durch die derzeitige Modernisierung staatlicher Beihilfen die Notwendigkeit der Meldung von Infrastrukturprojekten weiter eingeschränkt und die Bewertung staatlicher Beihilfen erleichtert wird.

►MEHR DAZU

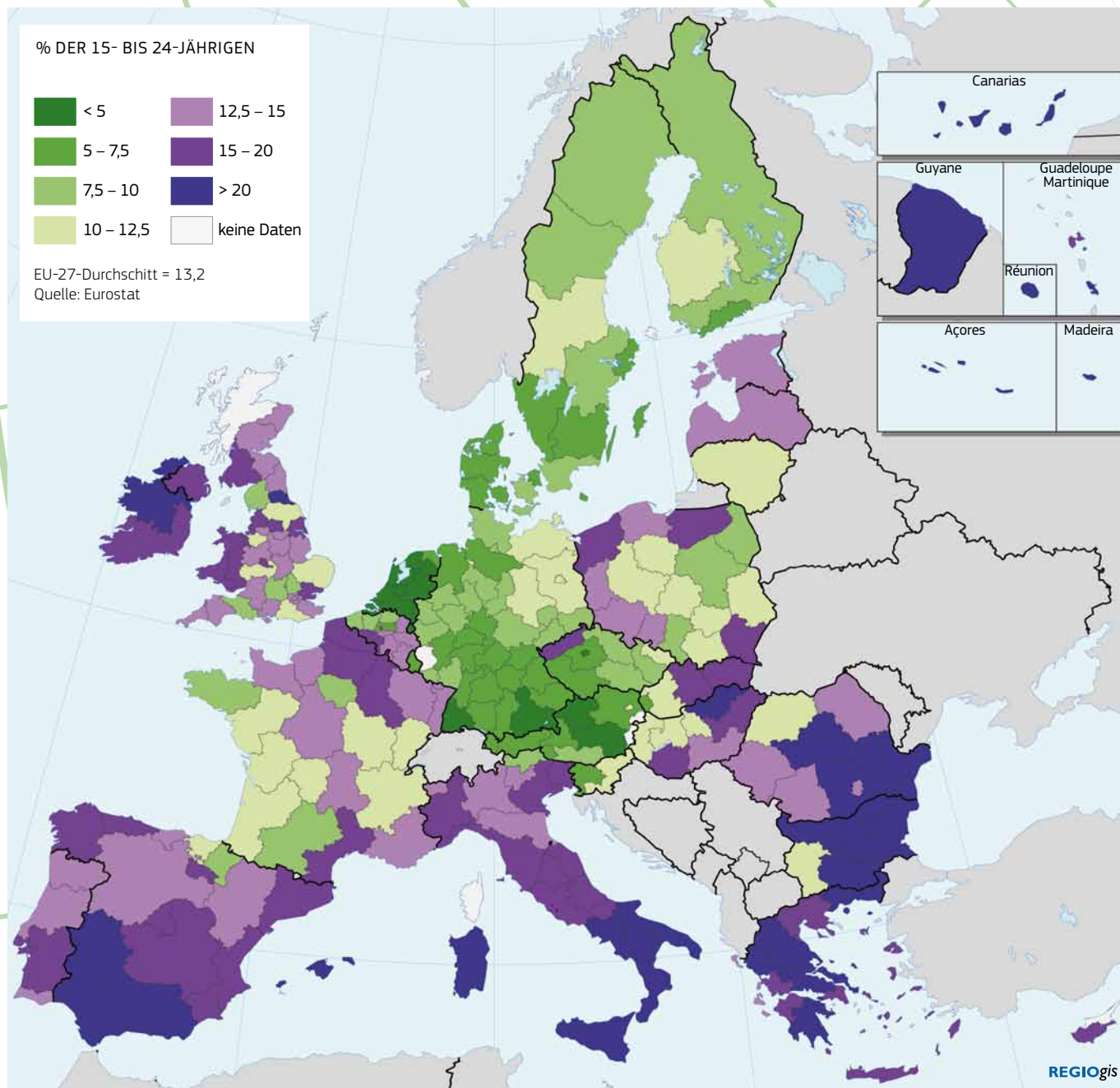
Entwurf der Leitlinien für Regionalbeihilfen:
http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_regional_aid_guidelines/paper_de.pdf

Entwurf der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung:
http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_gber/index_en.html

Themenpapier zur Reform des Beihilferahmens für Forschung, Entwicklung und Innovation:
http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/rdi_issues_paper.pdf

„NEET“-QUOTE 2012

15- BIS 24-JÄHRIGE (NEET = NOT IN EMPLOYMENT, EDUCATION OR TRAINING – NICHT IN ARBEIT, SCHUL- ODER BERUFSAUSBILDUNG)

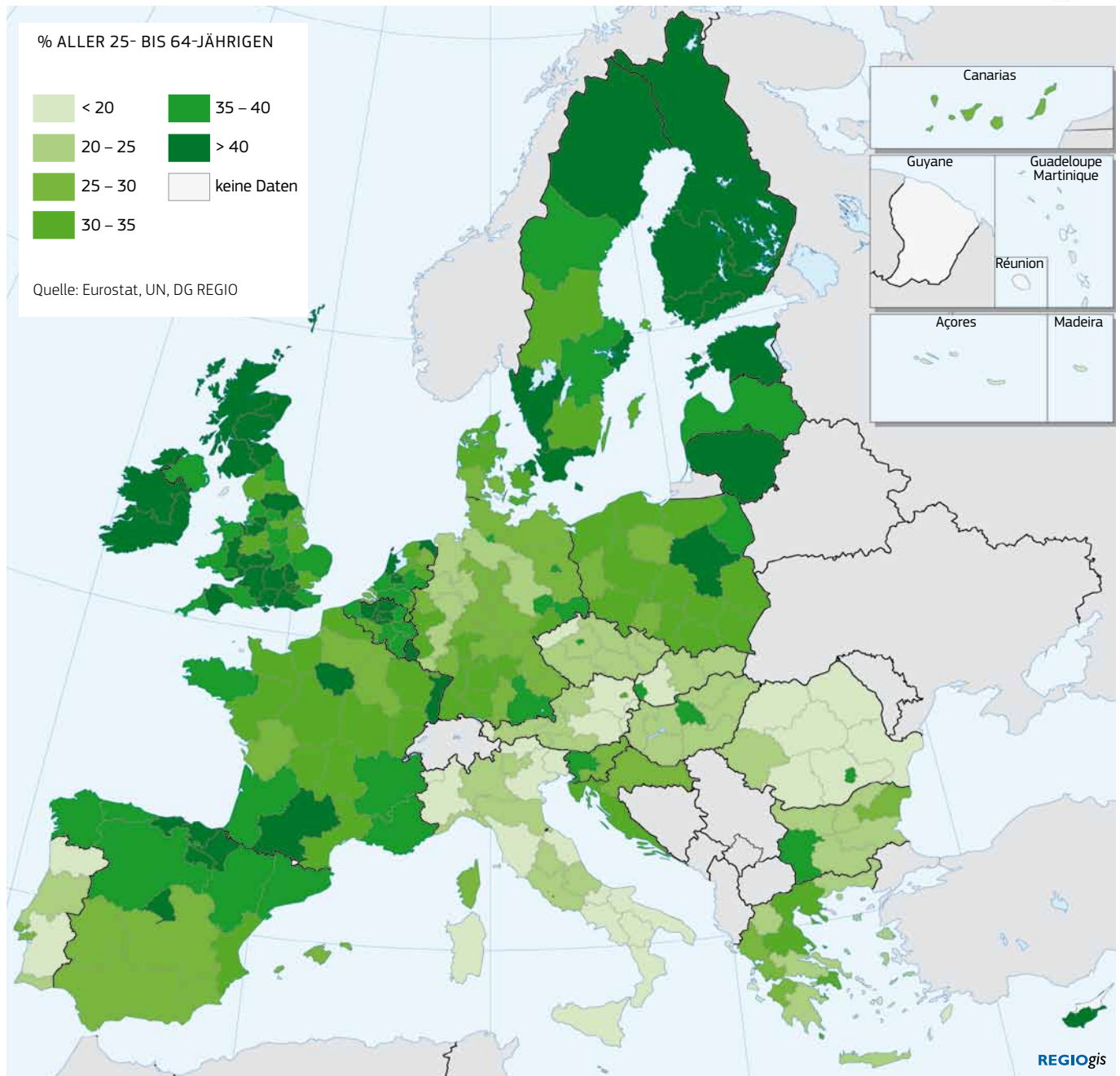


Bei Personen aus dieser Gruppe ist es wahrscheinlich, dass sie Schulabbrecher sind, und unwahrscheinlich, dass sie eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben. Europa 2020 möchte bis zum Jahr 2020 den Anteil der Schulabbrecher verringern und den Anteil der Personen mit Hochschulausbildung erhöhen. Es bestehen sehr große Diskrepanzen in den NEET-Quoten der EU-27-Regionen: Zwischen den Regionen mit den höchsten NEET-Quoten (36% in Severozapaden,

Bulgarien) und denen mit den niedrigsten NEET-Quoten (3% in Prag, Tschechische Republik) gibt es Unterschiede bis zum Faktor 12. Regionen, in denen mindestens einer von fünf jungen Menschen als „nicht in Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung“ eingestuft wird, sind in Bulgarien, Rumänien, Süditalien, Südspanien und Griechenland zu finden. Nur 16 der 268 Regionen haben NEET-Quoten unter 5%. Diese liegen hauptsächlich in den Niederlanden, in Österreich und Deutschland.

► BILDUNGSABSCHLUSS

PROGNOSTIZIERTER ANTEIL DER 25- BIS 64-JÄHRIGEN MIT HOCHSCHULABSCHLUSS IM JAHR 2020



Diese Bevölkerungsgruppe wird den Prognosen zufolge von 26% im Jahr 2010 auf 32% im Jahr 2020 anwachsen. 2020 werden sieben Regionen Anteile von über 50% haben: Inner London, die beiden britischen Regionen, die Oxford und Aberdeen umfassen, die beiden Regionen im Umreis von Brüssel, País Vasco in Spanien sowie Stockholm. Diese Regionen werden besonders attraktiv für Firmen sein, die auf der Suche nach hochqualifizierten Arbeitskräften sind. Am anderen Ende werden 32 Regionen 2020 einen Anteil unter

20% haben. Diese Regionen liegen hauptsächlich in Italien, Portugal, Österreich und Rumänien. Hauptstadtregionen haben tendenziell den höchsten Anteil an Personen mit Hochschulbildung, und in manchen Länder ist der Abstand zu der Region mit dem zweithöchsten Anteil sehr groß. Dieser Abstand beträgt in neun Ländern über zehn Prozentpunkte. Das macht die Hauptstadtregion für wissensintensive Unternehmen sehr viel attraktiver.

▶ MIT EIGENEN WORTEN

NATIONALE UND REGIONALE SICHTWEISEN AUF DIE KOHÄSIONSPOLITIK

Panorama
freut sich auf
Ihre Beiträge!

Die Rubrik „Mit eigenen Worten“ von *Panorama* lädt die wichtigsten einzelstaatlichen und regionalen „Verbraucher“ der Kohäsionspolitik dazu ein, sich Gehör zu verschaffen, Rückmeldungen zur praktischen europäischen Politik auf lokaler Ebene zu geben und sich zu aktuellen Leistungen und Erfolgen zu äußern oder Einblick in die Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum zu gewähren.

Angesichts der über 270 Regionen in den 28 EU-Mitgliedstaaten und der Tatsache, dass jede Region eine eigene wirtschaftliche und kulturelle Geschichte und besondere Bedürfnisse hat, ist es wichtig, dass Politiker, Verwaltungsstellen und Amtsträger auf allen Ebenen die tatsächlichen Wirkungen der Kohäsionspolitik an der Basis kennen.

In dieser Ausgabe stellt *Panorama* die Standpunkte von vier Mitgliedstaaten und Regionen vor, die sich aus ihrer Sicht zur Regionalpolitik geäußert haben. Die Regionen Mähren-Schlesien in der Tschechischen Republik und Flandern in Belgien richten ihren Blick auf ihre Pläne zur Durchführung von Strukturfondsprogrammen im kommenden Programmplanungszeitraum 2014-2020, aufbauend auf ihren Erfahrungen bei derzeitigen Programmen. Dagegen präsentieren Sachsen und Schweden ihr Konzept unter Betonung besonders erfolgreicher Initiativen.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge, die wir vielleicht in künftigen Ausgaben bringen:

▶ regio-panorama@ec.europa.eu

▶ TSCHECHISCHE REPUBLIK

▶ DIE REGION MÄHREN-SCHLESIEN SETZT AUF INTELLIGENTERE INVESTITIONEN IN IHRE ZUKUNFT

Europäische Fördermittel helfen der Region Mähren-Schlesien bei der grundlegenden sozioökonomischen Umgestaltung. Die Region hat in den letzten Jahren eine umfangreiche industrielle Umstrukturierung erlebt, deren Folgen immer noch spürbar sind, und ist jetzt auf der Suche nach einem neuen Image. Mittel aus dem regionalen operationellen Programm (ROP) Mähren-Schlesien, die wirkungsvoll investiert werden und einen wirtschaftlichen Ertrag von 11 % gebracht haben, fördern den Aufschwung. Mit Blick auf die Zukunft wird die Region europäische Mittel noch intelligenter einsetzen. Das „Smarter Region Programme“ (Programm „Intelligenterer Region“) soll ihr auf ihrem Weg helfen.

Die Region ist für ihre Gegensätze bekannt: einerseits die schönen Landschaften von Jeseníky, Beskydy und Poodří und andererseits die Umweltverschmutzung in der Umgebung ehemaliger Berg- und Stahlwerke. Die Vergangenheit hat hier ein sichtbares und ein unsichtbares industrielles Erbe hinterlassen. Industriedenkmäler stehen neben Industriebrachen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, obwohl es viele hochqualifizierte und relativ billige Arbeitskräfte gibt. Hochschulen – allen voran die Montanhochschule der Technischen Universität Ostrau – vermitteln Bildung.

Mittel aus dem ROP Mähren-Schlesien für den Zeitraum 2007-2013 werden verwendet, um die Grundinfrastruktur, Dienstleistungen und das gesellschaftliche Leben zu verbessern. Ein Beispiel ist die Restaurierung eines der



Architektur- und Entwicklungsprojekt im postindustriellen Gebiet Neu-Vitkovice in der Stadt Ostrava (Mähren-Schlesien).

bedeutendsten Monumente und Symbole der Metropole Ostrava. Auf dem ehemaligen Industrieareal des unteren Gebiets von Vitkovice finden heute bedeutende Kultur- und Bildungsveranstaltungen statt, während die interaktive „Welt der Technik“ Wissenschaft und Technik für junge Menschen attraktiver macht. Das integrierte Sicherheitszentrum, das die Aktivitäten und Einsätze aller Sicherheits- und Rettungseinheiten in der Region koordiniert, stellt eine ganz besondere regionale Investition dar.

Der Regionalrat von Mähren-Schlesien, der über Projektfinanzierung entscheidet, scheut sich nicht vor innovativen Aktivitäten. Er war die erste Institution in der Tschechischen Republik, die das Instrument JESSICA eingesetzt hat, und die erste tschechische Einrichtung, die den Gold-Status des international anerkannten Standards „Investors in People“ erhalten hat. Für sein systematisches Konzept und die Anwendung vorbildlicher Betriebspraktiken in der öffentlichen Verwaltung wurde der Regionalrat mit dem European Public Sector Award ausgezeichnet.

Im kommenden Programmplanungszeitraum möchte der Regionalrat auf den im gegenwärtigen Zeitraum gewonnenen Erfahrungen und Kenntnissen aufbauen. Hierzu hat er das Smarter Region Programme Mähren-Schlesien 2020 ausgearbeitet. Damit soll in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern der Weg für eine effektive Verwendung europäischer Mittel geebnet werden, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Region sowie nationaler und europäischer Ziele.

Mit dem Smarter Region Programme soll die Region rechtzeitig und gut auf den effektiven Einsatz von Strukturfonds ab 2014 vorbereitet werden, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region leisten werden. Das Programm stützt sich auf drei Säulen. Das Ziel der ersten Säule besteht in der fachlichen Vorbereitung der Menschen durch Tagungen, Seminare und Schulungen. In der zweiten Säule sind neue kohäsionspolitische Instrumente für die Region Mähren-Schlesien in der Vorbereitung. Der Regionalrat bereitet in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Ostrava und den größten Städten in der Region eine integrierte territoriale Investition für den Großraum Ostrava vor. Indessen erarbeiten die Region Mähren-Schlesien und die „Association for the Development of the Moravia-Silesia

Region“ (Gesellschaft für die Entwicklung der Region Mähren-Schlesien) einen gemeinsamen Aktionsplan, d. h. eine integrierte Strategie zur Förderung der Beschäftigung und der Ausbildung der Menschen in der Region. Es soll ein neuer, ergebnisorientierter gemeinsamer Aktionsplan erstellt werden, der voll und ganz den europäischen Gesetzgebungsvorschlägen entspricht. Die dritte Säule zielt darauf ab, die Aufnahmefähigkeit der großen regionalen Akteure und kleiner potenzieller Leistungsempfänger zu verbessern, damit sie auf den kommenden Programmplanungszeitraum 2014-2020 vorbereitet sind.

All diese Aktivitäten sind auch auf nationaler Ebene erörtert und koordiniert worden, z. B. bei konstruktiven Gesprächen am runden Tisch mit Vertretern künftiger nationaler Verwaltungsbehörden. Dabei wurden die ersten Ergebnisse der Bestandsaufnahme über die Aufnahmefähigkeit der Region für EU-Mittel und das Vorbereitetsein der Antragsteller auf den kommenden Programmplanungszeitraum berücksichtigt.

Die Region Mähren-Schlesien möchte künftig eine gute Adresse sein. Sie investiert in die erforderlichen Voraussetzungen für neue Infrastrukturinvestitionen und die Qualität bereitgestellter Dienstleistungen. Außerdem etabliert sie sich im Bereich Kultur- und Freizeitaktivitäten. Veranstaltungen wie die Musikfestivals Colours of Ostrava und Ostrava Days, das renommierte Golden-Spike-Leichtathletikmeeting und die Eishockey-Weltmeisterschaft 2015 sind weit über die Grenzen der Region hinaus bekannt. Die landschaftliche Schönheit, die zahlreichen Kurzentren und das neu geschaffene Radwegenetz ziehen ebenfalls viele Einheimische und Besucher an.

Daniel Konczynski

*Analyst, regionales operationelles Programm Mähren-Schlesien
Regionalrat der Region Mähren-Schlesien*

► MEHR DAZU

<http://www.rr-moravskoslezsko.eu>
<http://www.smarterregion.com>

BELGIEN

▶EUROPA INVESTIERT, FLANDERN WÄCHST...

Das war das Motto, unter dem Flandern sein Ziel 2-Programm 2007-2013 gestartet hat. Das Budget in Höhe von 201 Millionen EUR wurde auf vier Prioritäten verteilt: Innovation, Unternehmertum, Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und nachhaltige Stadtentwicklung. Mit dem zu Ende gehenden Programm sind über 450 Projekte finanziert worden, wodurch über 9800 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert wurden. Außerdem haben die Fördermittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von über 375 Millionen EUR auf regionaler, provinzieller, lokaler und privater Ebene in Flandern nach sich gezogen.

Aufgrund der vorgesehenen thematischen Zielkonzentration wird das Programm 2014-2020 ein Stück weit dem gegenwärtigen Programm ähneln und für eine gewisse Kontinuität sorgen. Die vier Prioritätsachsen für das neue Programm sind Innovation, Unternehmertum, Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft sowie nachhaltige Stadtentwicklung. Die Vorbereitung und Durchführung des neuen Programms ist vom Gedanken der Zusätzlichkeit und Komplementarität geleitet. So hilft der EFRE Flandern, bis 2020 eine innovativere, nachhaltigere und integrativere Region zu werden.

Die erste Prioritätsachse (Innovation) geht von der Prämisse der intelligenten Spezialisierung aus. Die Region Flandern wird oft als Fallbeispiel angeführt, bei dem – mit dem Programm „Flandern in Aktion“ und dem „Pakt 2020“ – bereits ein Entwicklungsprozess rund um das Thema Innovation eingetreten ist. Im neuen Programmzeitraum wird Flandern in vorhandene Defizite im Bereich Innovation investieren, die bislang nicht mit entsprechenden politischen Maßnahmen oder Instrumenten in Angriff genommen worden sind.

Im aktuellen Zeitraum 2007-2013 waren über 2 700 KMU an vom EFRE kofinanzierten Projekten beteiligt. Diese Beteiligung war wichtig für das gegenwärtige Programm. Das Unternehmertum wird auch künftig eine wichtige Prioritätsachse für Flandern bleiben, mit besonderem Augenmerk auf die Förderung des Unternehmergeists sowie des Wachstums und der Internationalisierung von KMU.

Maßnahmen zur Förderung der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft werden die bereits bestehenden Initiativen auf regionaler und lokaler Ebene in Flandern ergänzen. Das Hauptaugenmerk wird den Sektoren mit den meisten Treibhausgasemissionen gelten: dem Wohnungs- und dem Verkehrssektor. Besondere Beachtung wird auch KMU geschenkt, die im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien angespornt werden sollen.



„Europa investeert, Vlaanderen groeit“:
das kürzlich erschienene Buch über EU-geförderte Projekte.

In Anbetracht der starken Verstärkung in Flandern werden die Anstrengungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung fortgesetzt. In der Prioritätsachse Stadtentwicklung wird Flandern bei verschiedenen Themen, die wichtig für das Wohl der Städte sind, erneut mit den 13 wichtigsten Städten zusammenarbeiten. Die Aufmerksamkeit gilt der Anpassung an den Klimawandel, dem Schutz des Lebensumfelds und der Wiederbelebung benachteiligter Stadtteile.

Werner Van den Stockt

*Leiter der Verwaltungsbehörde
des EFRE-Programms Flandern 2007-2013
Flämische Regierung, Entiteit Europa Economie,
Vlaams Agentschap Ondernemen*

▶MEHR DAZU

<http://www.agentschapondernemen.be/themas/erdf-flanders>

DEUTSCHLAND

► SACHSEN SETZT 2014 BIS 2020 WEITER AUF INNOVATION, WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

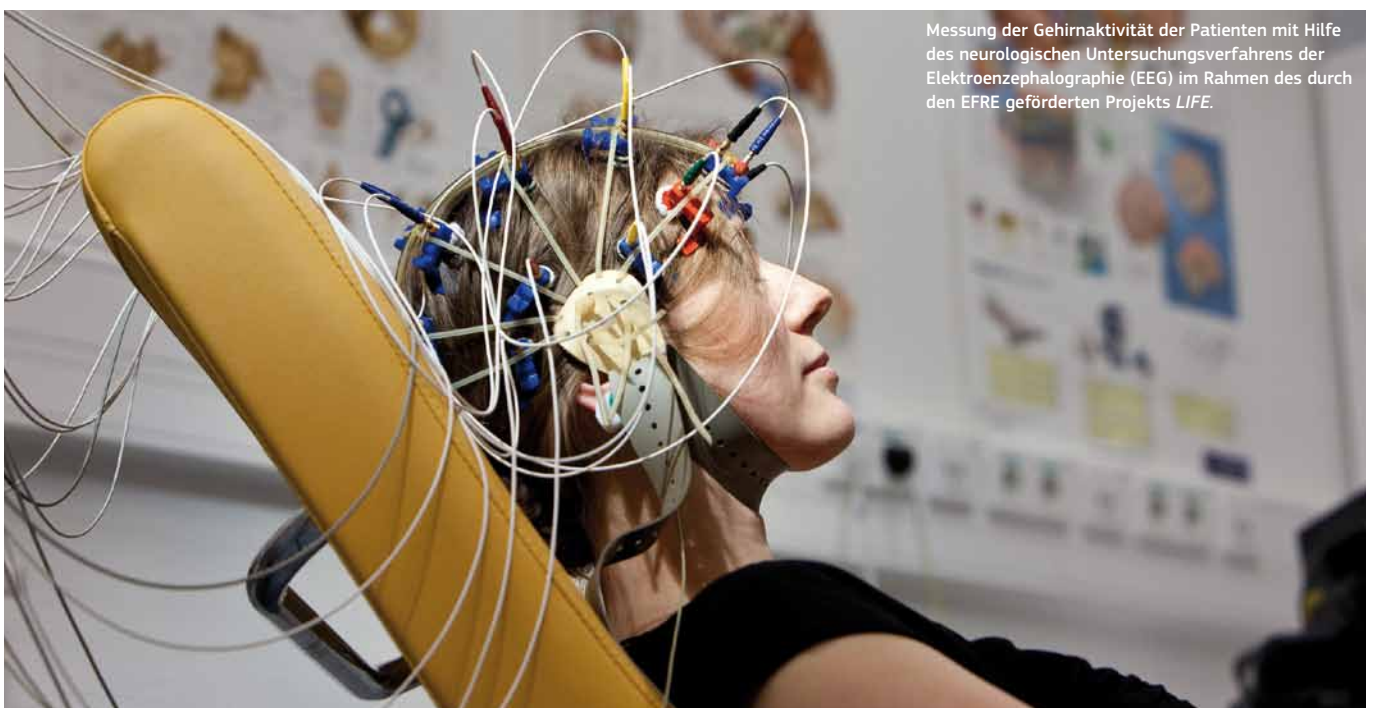
Sachsen ist ein Land mit einer besonders positiven Entwicklung nach der Friedlichen Revolution 1989 – trotz der schwierigen Ausgangslage. Der Freistaat Sachsen genießt heute einen ausgezeichneten Ruf als ein Industrieland mit innovativen Unternehmen und Wachstumsfeldern wie der Mikro- und Nanoelektronik, den Biotechnologien sowie der Entwicklung neuer Materialien und sauberer Technologien.

Sachsen ist das Land der Ingenieure. Innovation wird hier groß geschrieben. Forschergeist und einem ausgeprägten Unternehmergeist ist es zu verdanken, dass Sachsen – bei allen nach wie vor existierenden strukturellen Problemen – gut aufgestellt ist. Die sächsische Wirtschaftspolitik hat mit Hilfe der verschiedensten Förderinstrumente diesen Geist gestärkt und dabei den Fokus auf die nachhaltige Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gelegt.

In großem Umfang kommen dabei Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zum Einsatz. Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 stehen dem Freistaat 3,1 Milliarden Euro EFRE-Mittel zur Verfügung. Diese Mittel hat Sachsen genutzt, um in Innovation, Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Umwelt zu investieren. Großes Augenmerk liegt auf der Stärkung des Forschungsstandortes Sachsen.

Allein im Förderzeitraum 2007 bis 2013 setzt Sachsen mehr als eine Milliarde Euro der EFRE-Mittel für die Unterstützung von Innovation, Wissenschaft und Forschung ein. Davon profitieren wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen gleichermaßen, indem Forschungsprojekte und Technologietransfer gefördert werden oder auch Risikokapital für junge Technologiefirmen bereitgestellt wird. Die Ansiedlung zahlreicher Forschungseinrichtungen oder Forschungskomplexe solcher Einrichtungen und von Hochschulen zeugen von der regen Innovationstätigkeit in Sachsen. Fünf sogenannte „Landesexzellenzinitiativen“ werden aus dem EFRE entscheidend unterstützt. Eine dieser Exzellenzinitiativen ist der Forschungskomplex „Life“.

Life ist eine großangelegte Gesundheitsstudie, die die Entstehung von Zivilisationskrankheiten unter die Lupe nimmt. Durch die Studie soll geklärt werden, warum manche Menschen an Zivilisationskrankheiten leiden und andere nicht. Im Fokus der Arbeit von über 150 Wissenschaftlern stehen Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems, Folgen von Übergewicht, Allergien, Diabetes, Demenz und Depression. Von 2009 bis Mitte 2014 werden dazu 26 500 Gesunde und Erkrankte, Kinder und Erwachsene mit neuesten klinischen und bioanalytischen Methoden untersucht und befragt. In ihre Arbeit beziehen die Forscher neben den genetischen Anlagen



Messung der Gehirnaktivität der Patienten mit Hilfe des neurologischen Untersuchungsverfahrens der Elektroenzephalographie (EEG) im Rahmen des durch den EFRE geförderten Projekts LIFE.

der Probanden auch ihren Lebensstil und verschiedene Umweltfaktoren ein. Sie wollen so herausfinden, wie diese Faktoren bei der Entstehung von Zivilisationskrankheiten zusammenwirken. Die Studie wird mit rund 38 Millionen Euro gefördert. Dazu steuert der EFRE rund 24,2 Millionen Euro bei.

Mit der Unterstützung der Europäischen Union hat der Freistaat Sachsen es in den vergangenen zwanzig Jahren geschafft, Wirtschaft, Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaften erfolgreich zu entwickeln. Dennoch: ein gutes Stück Weg liegt noch vor uns, um zum Niveau der EU-Mitgliedstaaten aufzuschließen. Dafür setzt Sachsen auf solide Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung und nachhaltige Investitionen – und auf die EU-Förderung für die Jahre 2014 bis 2020.

Die zukünftigen Herausforderungen für Sachsen spiegeln sich in den Kernthemen der Strategie „Europa 2020“ wider: Globalisierung, Klimawandel, Energiesicherheit und insbesondere der demografische Wandel. Ein erfolgreiches „Sachsen 2020“

setzt mit Hilfe weiterer Unterstützung durch die Europäische Union auf nachhaltige Standortsicherung durch die Stärkung der unternehmerischen Basis einschließlich der infrastrukturellen Qualitäten, den Ausbau der Innovationskraft in Wirtschaft, Hochschulen, Verwaltung und Gesellschaft, die Entwicklung des Fachkräftepotenzials, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie eine chancengerechte Bildung. An dieser Zielstellung orientiert sich auch das strategische Konzept, das für die Erstellung des Operationellen Programms im EFRE für die Jahre 2014 bis 2020 als Grundlage dient.

EFRE-Verwaltungsbehörde

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

▶ **MEHR DAZU**

<http://life.uni-leipzig.de/>

▶ **SCHWEDEN**

▶ **WIRTSCHAFTLICHE VERWERTUNG DER ERGEBNISSE VON FORSCHUNG UND INNOVATION**

Giraffe ist ein Telepräsenzroboter, der älteren Menschen den Kontakt mit der Außenwelt erleichtert. Er wurde im Rahmen des Robotdalen-Projekts entwickelt, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und andere Einrichtungen gefördert wurde. Giraffe wird in sieben EU-Staaten verkauft und ist ein Beispiel dafür, wie sich die Ergebnisse von Innovation und Forschung auch in der Produktion niederschlagen.

Die Ergebnisse von Forschung und Innovation wirtschaftlich zu verwerten und sie zur Marktreife zu bringen ist eine der Herausforderungen, vor denen Schweden vor dem nächsten Programmplanungszeitraum steht. Dies ist eine der Schlussfolgerungen der kürzlich präsentierten Wirkungsevaluierung für die acht regionalen Strukturfondsprogramme in Schweden im Zeitraum 2007-2013.

Viele Projekte haben dieses Ziel im gegenwärtigen Programmplanungszeitraum offenbar bereits erreicht. Robotdalen ist ein gutes Beispiel dafür. Das Projekt zielt darauf ab, neuen Ideen und Forschungen im Bereich Robotertechnik und Automatisierung zu wirtschaftlichem Erfolg zu verhelfen – mit Fokussierung auf Lösungen für Industrie, Schwerfahrzeuge und den Gesundheitssektor.

Robotertechnik im Gesundheitsbereich wird angesichts der Bevölkerungsalterung, die in Schweden wie auch in vielen anderen EU-Staaten eine Herausforderung darstellt, immer wichtiger. Da kann der Roboter Giraffe, der über einen normalen PC ferngesteuert werden kann, eine Hilfe sein. Er bewegt sich fort und hat einen Videobildschirm als „Gesicht“. Auf diese Weise kann beispielsweise der häusliche Pflegedienst häufigere Visiten machen, ohne jedes Mal zum Patienten gehen zu müssen.

Acht regionale Programme

Das Robotdalen-Projekt läuft im Rahmen des Ost-Mittelschweden-Programms, eines von acht regionalen Strukturfondsprogrammen für regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Schweden. Alle acht werden von einer einzigen Behörde, der Schwedischen Agentur für Wirtschafts- und Regionalentwicklung, verwaltet und haben eine gemeinsame Förderfunktion.

Die schwedische Regierung hat beschlossen, die geografische Aufgliederung und Verwaltung der regionalen Strukturfondsprogramme im kommenden Programmplanungszeitraum



Giraffe beim Heimtest in Västerås.

beizubehalten. Die Verwaltung hat sich als effektiv erwiesen, die Verwaltungskosten waren niedrig, und die Leistungsempfänger im ganzen Land haben einen einfachen und klaren Überblick über die Voraussetzungen für die Förderfähigkeit.

Die Vorbereitungen für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 laufen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene seit Anfang 2012. Die regionalen Strukturfondsprogramme werden in Zusammenarbeit mit vielen Partnern erstellt. Dazu gehören Vertreter der öffentlichen Hand auf lokaler und regionaler Ebene sowie Industrie und Wissenschaft. Entsprechend einer Richtlinie der Regierung werden sich die Programme auf Forschung und Innovation, umweltfreundliche Wirtschaft und Unternehmertum konzentrieren.

Stärkung der umweltfreundlichen Wirtschaft

Im Programmbereich Nord-Mittelschweden gibt es beispielsweise intensive Bemühungen, ein Programm zu erstellen. Maria Gelin Axelsson in der Region Gävleborg koordiniert diese Arbeiten. Sie sieht im kommenden Zeitraum einige Änderungen bezüglich der Ausrichtung von Prioritäten.

„Das Hauptaugenmerk gilt der umweltfreundlichen Wirtschaft“, erklärt sie. Die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum durchzieht die vorgeschlagenen thematischen Bereiche für die Strukturfonds. Durch die Entwicklung einer CO₂-armen Wirtschaft sowie durch Innovation, Informationstechnologie, Unternehmertum

und Investition in Qualifikationen wird eine klare Verbindung zu Beschäftigung und Wachstum hergestellt.

Maria Gelin Axelsson sieht jedoch eine mangelnde Gewichtung im Hinblick auf Verkehrssysteme und IT-Infrastruktur, die Prioritäten für Regionalentwicklungsbereiche in Nord-Mittelschweden darstellen.

„Aber das kann ohne Weiteres durch andere Fördermöglichkeiten als die Strukturfonds gesteuert werden“, erklärt sie.

Vereinfachung und Koordinierung

Die schwedische Regierung hat sich vorgenommen, das Projektmanagement im nächsten Programmplanungszeitraum einfacher zu machen. Dementsprechend haben die Schwedische Agentur für Wirtschafts- und Regionalentwicklung und der schwedische ESF-Rat – die Verwaltungsbehörde für den Europäischen Sozialfonds – unter anderem den Auftrag, Maßnahmen zur Vereinfachung und Koordinierung bei der Durchführung der Programme vorzuschlagen.

Verwaltungsbehörde

Tillväxtverket – die Schwedische Agentur für Wirtschafts- und Regionalentwicklung

▶ MEHR DAZU
www.tillvaxtverket.se

TERMINE

21. SEPTEMBER 2013

_Europaweit

European Cooperation Day

7.-10. OKTOBER 2013

_Brüssel (BE)

OPEN DAYS 2013

28.-29. OKTOBER 2013

_Bukarest (RO)

2. Jahresforum zur
EU-Strategie für den
Donauraum

8. NOVEMBER 2013

_Brüssel (BE)

Regionen als Motoren für
neues Wachstum durch
intelligente Spezialisierung

9.-10. DEZEMBER 2013

_Brüssel (BE)

Konferenz „Telling the story“

31. MÄRZ 2014

_Brussels (BE)

RegioStars

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Info regio-Website in der Rubrik „Agenda“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Wir würden gerne von den Erfolgen der Kohäsionspolitik in Ihrer Region erfahren, insbesondere von Ergebnissen und greifbaren Vorteilen für die Bürger. Uns interessiert auch Ihre Meinung zu den Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum.

Ausgewählte Beiträge erscheinen in der nächsten Ausgabe des *Panorama*-Magazins.

Bitte schicken Sie Ihre Einsendungen (Länge: höchstens 600-700 Wörter) an:

regio-panorama@ec.europa.eu



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brussels
E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

